

HEFT 3 2013

SICHERHEITS- GEMEINSCHAFT

DAS OSZE-MAGAZIN



Überblick »



1 Haida Gwaii Eine entlegene Inselgruppe an der Nordwestküste Kanadas lehrt uns, wie man Hoheitsstreitigkeiten hintanstellt, um das Land zu erhalten. _ S.10

2 Deutschland Deutschland beschreitet mit seiner radikalen Trendwende zur erneuerbaren Energie neue Wege. _ S.18

3 Ergneti In diesem Kaukasusdorf ist der Mechanismus zuhause, durch den die Parteien der Genfer Gespräche über den Georgienkrieg 2008 die Bevölkerung bei der Lösung praktischer Probleme unterstützen. _ S.28

3 Wasiani In dieser offenen Sprenganlage 20 Kilometer außerhalb von Tiflis wurden 19 moldauische Raketen sowie georgische Streubomben mit Hilfe des Entmilitarisierungsprogramms der OSZE vernichtet. _ S.32

4 Tetovo Vier internationale Beobachter und vier Sprachassistenten bemühen sich in der letzten noch bestehenden Außenstelle der OSZE-Mission in Skopje um den Aufbau von Vertrauen und die Entschärfung von Spannungen in ihrem Umfeld. _ S.34

Inhalt » Heft 3/2013

Die Energiezukunft, die wir uns wünschen

Energie ist der Motor unserer Industrie und eine Quelle von Komfort, aber nur allzu oft auch Auslöser von Aggression und Umweltschäden. Das Sonderthema dieser Ausgabe widmet sich der Frage, inwiefern erneuerbare Energie den Weg in eine Zukunft weist, der für uns alle gangbar ist. — 14

Sicherheitsgemeinschaft

Wie baut man eine Sicherheitsgemeinschaft auf? Einige Antworten von Diskussionsteilnehmern bei den OSCE Security Days 2013 — 4

OSCE — 7

Interview

Cathie Burton über die Schaffung einer Kommunikationskultur — 8

Titelgeschichte

Vom Meeresgrund bis zu den Bergeshöhen Ein Totempfehl erinnert an ein bahnbrechendes Abkommen zwischen der kanadischen Regierung und der Nation der HaidaNation — 10



Sonderthema: Energie

Energie aus Meer, Sonne und Wind Drei Innovationen weisen den Weg in die Zukunft. — 12

Entscheidung für die richtige Energie als Beitrag zum Frieden Energiebeschaffung muss nicht brutal sein. — 14

Aus der Energiewende in Deutschland lernen Vier Lehren aus der Energiewende — 18

Unseren Planeten in seiner Buntheit erhalten Frauenpower aus der Sonne. Die OSZE achtet auf ihren ökologischen Fußabdruck — 22

Was die Welt jetzt braucht Wir können Zugang zu Energie für jedermann gewährleisten und Fortschritte beim Klimawandel erzielen. — 24



Zivilgesellschaft

Elva: Georgisch für „Blitz“ Aufbau eines Sicherheitsnetzes per SMS und Smartphone — 26

Meine Geschichte

Ein Zelt im Niemandsland Der Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Georgien aus persönlicher Sicht — 28



Meilensteine

Es waren einmal 19 Raketen ...Wie es dazu kam, dass ein Jahrzehnt OSZE-Unterstützung bei der Entmilitarisierung in Georgien mit der Vernichtung moldauischer

Raketen begangen wurde — 32



Aus dem Feld

Mission in Skopje: Ein Tag im Leben zweier Beobachter Ein Job, bei dem viel mehr Diplomatie als Muskelkraft gefragt ist — 34

Leserstimmen — 40

Auslese

Tee und USB; Tennisleidenschaft; Aktuelle OSZE-Publikationen — 43



Diese Stellungnahmen wurden
im Rahmen der OSCE Security
Days 2013 abgegeben, die am 17.
und 18. Juni 2013 in der Wiener
Hofburg stattfanden.

Besuchen Sie die Website www.osce.org/event/securitydays2013.

BUILDING

**the
Security
community**

Ein Blick zurück wäre ein guter Anfang

Die OSZE steht am Beginn einer neuen Ära. Das Blockdenken des Kalten Krieges weicht dimensionsübergreifenden Fragen, denen wir mit unseren bisherigen Herangehensweisen nicht mehr gerecht werden können. Das Ziel, eine Sicherheitsgemeinschaft zu schaffen, ist ein gutes. Aber um erfolgreich zu sein, müssen wir zunächst verstehen, worin unsere Aufgabe besteht. Ein guter erster Schritt wäre ein Blick zurück, damit wir die Grundlagen besser verstehen, auf denen unsere Organisation aufbaut.

Dass der OSZE die Erklärung von Helsinki und nicht ein völkerrechtlicher Vertrag zugrunde gelegt wurde, war eine bewusste Entscheidung. Der Abschluss eines Vertrags wäre davon ausgegangen, dass es unter den Teilnehmerstaaten erhebliche Gemeinsamkeiten gibt. Am Anfang konnte man kaum darauf hoffen, eine gemeinsame Sicherheitsgemeinschaft aufzubauen. Beabsichtigt war, den Ost-West-Dialog in einer sehr schlechten Phase in Gang zu bringen. Rechtlich nicht bindende Verpflichtungen waren damals und sind auch heute noch das beste Mittel, um einen Konsens zu finden.

Die Schlussakte von Helsinki beruht somit auf pragmatischen Grundsätzen, auf die sich eine große Anzahl ganz unterschiedlicher Länder irgendwie einigen konnten. Die

Schlussakte stellt ein äußerst kreatives ganzheitliches Herangehen an Sicherheit dar. Auch nach 1975 war nie von einer gemeinsamen Gemeinschaft die Rede, man erörterte in erster Linie, wie man miteinander umgehen sollte. Vierzig Jahre später sieht die Welt völlig anders aus. Viele der Grundprinzipien sind heute gängige Praxis in den Teilnehmerstaaten. In politischer und psychologischer Hinsicht sind wir jedoch weit von einer gemeinsamen Sichtweise der Entwicklung des Sicherheitsrahmens nach dem Kalten Krieg entfernt. Mit anderen Worten stehen wir erneut vor der Aufgabe, Ziele und Interessen grundlegend zu definieren. Die vor vierzig Jahren angewandten Methoden müssen nach wie vor die Grundlage der OSZE-Bemühungen sein.

– John Kornblum, ehemaliger Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland und bei der KSZE.

Wir brauchen ein klares politisches Mandat

„Wir müssen die derzeitige Sicherheitslage in Europa nüchtern und unvoreingenommen betrachten. Wir haben es nicht mit einem integrierten System zu tun – nach wie vor gibt es den Westen und den Osten. Es herrscht Misstrauen. Aus der OSZE ist keine Wertegemeinschaft geworden.“

Ich denke, wir sind deshalb gescheitert, weil keine Seite strategisch an eine strategische

Partnerschaft herangegangen ist. Jeder hat sich nur um seine Interessen gekümmert. Daher hat sich die OSZE nicht zu einer effizienten Sicherheitsinstitution entwickelt. Die OSZE könnte aber eine Wertegemeinschaft werden. Es gibt viele gemeinsame Sichtweisen. Wenn wir die OSZE erneuern und eine echte Sicherheitsgemeinschaft schaffen wollen, benötigen wir ein klares politisches Mandat. Dazu braucht es einen Beschluss auf höchster Ebene. Wir müssen einen Anfang setzen. Ohne einen Anfang geht nichts weiter.“

– Igor Iwanow, Präsident des Russischen Rates für Internationale Angelegenheiten (RIAC), ehemaliger Außenminister der Russischen Föderation

Solidarität gegen Armut

Der große Feind der Demokratie in Kirgisistan ist die Armut. Armut stellt auch für die Sicherheit eine echte Gefahr dar. Wir müssen die Menschen aus der Armut holen, Arbeitsplätze schaffen, ihnen helfen Arbeit zu finden, auch außerhalb des Landes. 980 von den 992 Millionen Menschen in der OSZE-Region leben in Ländern mit einem höheren Einkommensniveau. In der OSZE sind die reichsten Länder der Welt vertreten. Ist es wirklich unmöglich oder zu schwierig, den Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus Kirgisistan – einem Land mit 5,5 Mio. Einwohnern, das die Werte der Menschen in der OSZE teilt – zu öffnen?

– Rosa Otunbajewa, Gründerin der Rosa Otunbajewa-Initiative, ehemalige Präsidentin der Kirgisischen Republik.

Kampf der Selbstzufriedenheit

Wir leben in einer Welt, in der es deutlich weniger Atomwaffen als zu Ende des Kalten Krieges gibt. Dennoch haben wir – aus unerfindlichen Gründen – noch immer umfangreiche Lagerbestände dieser Waffen, insbesondere im euroatlantischen Raum, die innerhalb von Minuten zum Einsatz gebracht werden können.

Es ist reine Selbstzufriedenheit zu glauben, dass wir in einer multipolaren Welt mit so vielen verschiedenen Wahrnehmungen von Bedrohungen weiterhin das Gleichgewicht einer bipolaren Welt, in der die Atomwaffenarsenale deutlich größer waren, aufrechterhalten können.

Wir wissen, was Not täte: Wir müssten die überragende Bedeutung dieser Waffen und konsequenterweise ihre Anzahl verringern, unsere Fähigkeit zum Aufbau von Nichtverbreitungsregimen verbessern und die Sicherheit von Kernmaterial erhöhen.

Obwohl wir wissen, was zu tun wäre, beabsichtigen die über Atomwaffen verfügenden Staaten, in den kommenden zwanzig Jahren eine Billion Dollar für die Modernisierung oder Entwicklung neuer Atomwaffensysteme auszugeben.

Wir halten im euroatlantischen Raum 90 Prozent des weltweiten Atomwaffenbestands. Von den 14 Ländern, die über Atomwaffen verfügen, befinden

sich neun in dieser Region.

Bei wem also liegt die Verantwortung, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen?

– Des Browne, Vorsitzender des European Leadership Network (ELN) und ehemaliger Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs

Ein starker regionaler Ansatz

Man kann nicht behaupten, dass die Sicherheit irgendeines Landes dieser Region isoliert von seinen Nachbarländern, von der Region oder von der Weltlage betrachtet werden kann.

Sicherheit ist unteilbar und ist daher auch so zu sehen.

Gleichzeitig sollte die Sicherheit nicht in ihrem klassischen Kontext betrachtet werden, was ich als repressiven Ansatz bezeichnen würde. Wir müssen uns auf demokratische Institutionen, Gesundheit, Bildung, Menschenrechte und Freiheit konzentrieren. Wir müssen alle diese Themen vor diesem Kontext sehen und einen integrierten Sicherheitsansatz verfolgen.

Die Länder des arabischen Frühlings sind mit gravierenden Problemen konfrontiert. Neue Probleme wie Drogenhandel, illegale Migration, Menschenenschmuggel, eine immer aktivere organisierte Kriminalität und gefährdete Grenzen wirken sich direkt auf die Sicherheit in den benachbarten OSZE-Staaten aus. Nehmen wir als Beispiel Libyen, ein Land mit rund 4 000 km Landgrenzen und 2 000 km Meeresgrenzen: Hier stellt sich die Frage, inwieweit die libysche Regierung als Übergangsregierung in der Lage ist, ohne die tatkräftige Unterstützung und Hilfe der betroffenen Ländern, d. h. der Nachbarländer oder der Länder im nördlichen Mittelmeerraum, die Sicherheit der Grenzen zu gewährleisten.

– Mohamed Imhammed Abdul-Aziz, Außenminister von Libyen

Eine Öffnung wagen

Lassen Sie mich mit einer Idee schließen, was die EU, zu deren Mitgliedstaaten mein Land zählt, tun könnte, um die vertrauensbildende Rolle der OSZE zu stärken. Der Europäische Rat hat bereits angekündigt, dass er sich im Dezember dieses Jahres mit Fragen der Sicherheit und Verteidigung in der EU befassen wird. Nehmen wir an, der Europäische Rat wird einige wirklich interessante und zukunftsweisenden Beschlüsse, Empfehlungen und Standpunkte vorlegen.

Was wird dann am Tag nach dem Gipfel in Brüssel passieren? Wäre die EU in der Lage, eine führende Persönlichkeit oder eine Delegation nach Wien zu schicken, um die Teilnehmerstaaten der OSZE darüber zu informieren, was sie für die Sicherheit und Verteidigung in Europa und darüber hinaus vorhat? Auch wenn das vielleicht nur ein kleiner Schritt wäre, meine ich, könnte es ein Schritt sein, dem andere hoffentlich folgen.

Lasst uns ein bisschen mutiger und offener sein und Wege der Transparenz aufzeigen, die über die Verpflichtungen aus den bestehenden Verträgen hinausgehen.

Ich glaube, die ganze große Welt dort draußen ist offen für derlei Vorstellungen, die meiner Meinung nach der Vertrauensbildung, auch hier in der OSZE, neue Kraft und eine neue Dimension verleihen könnten.

– Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, ehemaliger stellvertretender Außenminister Deutschlands

#OSCE

Bekämpfung von Intoleranz

„Voreingenommenheit und Vorurteile gibt es in der einen oder anderen Form überall“, sagte Douglas Wake anlässlich der Eröffnung der **Hochrangigen OSZE-Konferenz über Toleranz und Nichtdiskriminierung** in Tirana am 21. und 22. Mai. „Es ist eindeutig unsere gemeinsame Verantwortung, Äußerungen von Intoleranz zu verhindern und darauf zu reagieren. Wir müssen uns mit vereinten Kräften der Situation der Opfer widmen“, betonte er.

Schwerpunkt Menschenhandel

„Opfer des Menschenhandels müssen ihr Leben und ihr Geld zurückbekommen“, so Maria Grazia Giammarinaro bei der Konferenz **Allianz gegen den Menschenhandel**, bei der jedes Jahr führende einschlägige Organisationen im Rahmen der OSZE zusammenkommen. Die diesjährige Veranstaltung beschäftigte sich in erster Linie mit den durch die Globalisierung entstehenden neuen Ungleichheiten und Formen der Ausbeutung. Zwei Wochen davor erörterten die Teilnehmerstaaten auf einer hochrangigen Konferenz des Vorsitzes in Kiew Möglichkeiten zur Aktualisierung des OSZE Aktionsplans 2003, um den neuen Entwicklungen wie zunehmender Ausbeutung von Arbeitskräften und Organhandel Rechnung zu tragen.

Rückverfolgung von Kleinwaffen

Kleinwaffen und leichte Waffen sind einfach zu erwerben, leicht zu verstecken und billig. Geraten sie in falsche Hände, verursachen sie oft schwere bis tödliche Verletzungen. Auf Einladung der OSZE diskutierten Experten am 23. und 24. Mai in Wien über Methoden zur Rückverfolgung illegaler Kleinwaffen, wie über das neu entwickelte INTERPOL-Datenbanksystem iARMS.



Stopp dem Drogenhandel im Internet

„Das Internet ist ein dynamisches, globales Medium. Um Drogenhändler wirksam davon abzuhalten, das Internet zum Ausbau ihrer Aktivitäten zu missbrauchen, müssen die Teilnehmerstaaten immer enger zusammenarbeiten“, so der dringende Appell des Generalsekretärs der OSZE Lamberto Zannier auf der **Konferenz über die Verhütung des illegalen Drogenhandels im Internet** am 25. Juli in Wien. Die Experten erörterten neue Techniken zum Aufspüren von Drogenhändlern im öffentlichen und im „Schatten“-Internet sowie Möglichkeiten zum Ausbau des Netzwerks von Experten für Computer-Forensik.

Mediation

Praktiker und Entscheidungsträger kamen am 15. und 16. Juli in Bukarest zu einem fachlichen Austausch im Bereich Mediation zusammen. Schwerpunkt der **Konferenz über Mediation im OSZE Raum** war die Frage, wie die Fähigkeiten der OSZE zur Mediationsunterstützung u. a. in den Bereichen Ausbildung und Kapazitätsaufbau weiter verstärkt werden können. „Wenn man Frauen in Mediations- und Friedensprozesse einbezieht, macht das das Friedensabkommen tragfähiger und hilft beim Aufbau einer stabileren und sichereren Gesellschaft nach Konflikten“, sagte Miroslava Beham, leitende Beraterin der OSZE für Genderfragen.

Konfliktlösung

Die Förderung dauerhafter Lösungen für ungelöste Konflikte war das Thema einer Veranstaltung der Security Days am 16. September 2013 in Wien.

Cathie Burton

Cathie Burton, seit Januar 2013 OSZE-Sprecherin, über ihre Vorstellungen, wie man eine Kommunikationskultur schaffen kann. Die Fragen stellte Ursula Froese, verantwortlich für die Redaktion von „Sicherheitsgemeinschaft“.



Warum ist es wichtig zu kommunizieren?

Jeder von uns kommuniziert, und zwar täglich. Ob man seinen Frühstückskaffee bestellt, mit Kollegen plaudert, einen Artikel redigiert oder seinen Status auf Facebook aktualisiert – wir könnten nicht einmal unsere elementarsten Bedürfnisse befriedigen, ohne auf irgendeine Weise diese grundlegende menschliche Fertigkeit einzusetzen. Ohne Kommunikation könnten wir keine Freundschaften schließen, keine Geschäfte machen – und wir wären bestimmt nicht in der Lage, den Konfliktlösungsauftrag der OSZE zu erfüllen.

Kommunikation ist für jede Organisation mit einem Auftrag und einer Botschaft unabdingbar. Wir müssen die Ergebnisse unserer Arbeit unterschiedlichsten Adressaten vermitteln, sie von der Wichtigkeit unserer Werte überzeugen und sie dazu bringen, sie mit uns gemeinsamverwirklichen zu wollen.

Es gäbe keine OSZE, hätten es sich nicht mutige Diplomaten und Politiker zur Aufgabe gemacht, das gefährliche Schweigen zwischen Ost und West zu brechen. Sie stellten eine wichtige Wahrheit auf den Prüfstand und bestätigten deren Gültigkeit – dass nämlich Vertrauen und Frieden durch den Umgang miteinander entstehen. Dank ihrer einzigartigen Arbeitsweise, die auf politischem Konsens beruht, lebt und gedeiht die OSZE durch die Bereitschaft der Staaten, gemeinsame Probleme auszureden und miteinander ein gemeinsames Ziel zu verfolgen.

Darüber hinaus hat die OSZE eine Geschichte zu erzählen, eine Geschichte, die die Welt hören will. Im Gespräch mit Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund – Studierenden und Professoren, Jugendgruppen, Aktivisten, Kollegen aus anderen internationalen Organisationen, Regierungen und Politikern – stelle ich immer wieder fest, wie groß das Interesse an der OSZE ist, an dem,

was sie tut und warum sie es tut.

Es gibt also eine interessierte Öffentlichkeit und es ist an uns, sie mit den gewünschten Informationen zu versorgen, und zwar auf eine ihren Bedürfnissen angepasste Weise. Wir können uns dafür der neuen Kommunikationstechniken bedienen, indem wir wörtlich und im übertragenen Sinn ihre Sprache sprechen und das Hintergrundwissen liefern, damit sie die Geschichten verstehen können, die Schlagzeilen machen.

Keine leichte Aufgabe, ist die Region doch riesig und vielfältig und umfasst viele verschiedene Sprachen und Kulturen, mit einer unterschiedlichen Geschichte. Da können die wesentlichen Botschaften leicht verloren gehen, weshalb es so wichtig ist, wie man sie gestaltet, damit sie verfolgt und verstanden werden können.

Welche Möglichkeiten bieten die neuen sozialen Medien einer Organisation wie der OSZE, die sich der Vertrauensbildung durch Dialog verschrieben hat?

Der Wandel im Kommunikationsbereich geht beängstigend schnell vor sich. Die Online Kommunikation hat neue Spielregeln mit sich gebracht – Nachrichten tickern rund um die Uhr, die Aufmerksamkeitsspanne ist kürzer geworden und Videos übernehmen die Aufgabe des geschriebenen Worts. Die Tage der Presseaussendungen im herkömmlichen Sinn sind gezählt – heute schauen Journalisten zunehmend auf Twitter oder Online Seiten, wenn sie den letzten Stand zur aktuellen Story wissen wollen, und verbringen viel Zeit damit, die Echtheit des Materials zu überprüfen, das sie aus dem Internet gefischt haben.

Manche Akteure der internationalen Politik haben sich begeistert auf die neuen Medien gestürzt, andere begegnen ihnen nach wie vor mit einer gewissen Skepsis. Laut dem von der PR-Agentur

Burson-Marsteller erstellten Twiplomacy Report über Weltpolitiker und ihren Zugang zu Twitter ist Carl Bildt der am besten vernetzte Politiker von allen, und fast alle Regierungen in Europa nutzen bereits irgendeinen Micro-Blogging-Kanal.

Die OSZE Twittergemeinde zählt derzeit mehr als 21 000 Followers und täglich werden es mehr. Twitter eignet sich bestens, Botschaften schnell an die Öffentlichkeit zu bringen und an Themen und Communities dranzubleiben, die unter Umständen für verschiedene eigene Arbeitsbereiche interessant sind.

Man muss sich allerdings darüber im Klaren sein, dass Twitter und andere Online-Plattformen nicht mehr als praktische Hilfsmittel aus der großen Werkzeugkiste der Kommunikation sind. Das Geheimnis des Erfolgs liegt darin, das jeweils passende Werkzeug auszuwählen – was heißt, dass man gut vorausplanen und sich genau überlegen muss, wie die Botschaft lauten und wen sie auf welche Weise erreichen soll.

Die OSZE ist ein Forum für informelle Verhandlungen über höchst sensible Fragen zwischen 57 Staaten. Wie können wir in unserer Kommunikation mit der Öffentlichkeit diesen Verständigungsprozess unterstützen und fördern?

Die meisten Journalisten verstehen ganz gut, dass sensible Themen nicht unter den Augen der Öffentlichkeit erörtert werden können; sie müssen nur darauf vertrauen können, dass sie die Informationen bekommen, wenn die Zeit reif ist. Hier ist eine vertrauensvolle Beziehung zwischen den Medien und der Organisation gefragt – es gibt keine bessere Art des Umgangs mit Journalisten, als sie persönlich kennenzulernen und sie mit Aufrichtigkeit und Achtung zu behandeln.

„Jeder ist ein Botschafter der Kommunikation.“

Wenn wir zulassen, dass Schweigen zur Gewohnheit wird, vergeben wir unsere Chance, unsere Aufgabe zu erfüllen. Jüngste Umfragen haben uns gezeigt, dass es sowohl den Journalisten als auch der Öffentlichkeit ganz allgemein an den Zusammenhängen fehlt, um unsere Arbeit verstehen zu können. Wir müssen sie hier

abholen und ihnen Informationen auf mehreren Ebenen mit mehr Inhalt anbieten, ihnen bestimmte Themen erschließen oder Interviews mit Experten ermöglichen. Kommunikation muss so angelegt sein, dass sie mehrere unterschiedliche Zielgruppen erreicht – Diplomaten und Politiker, die Einzelheiten brauchen, um ihre täglichen Entscheidungen zu treffen, Forscher und Wissenschaftler, deren Interesse den schwer zu erschließenden Hintergrundelementen gilt, und die Öffentlichkeit, die etwas über unsere interessantesten und gelungensten Projekte erfahren will.

Was können wir konkret tun, damit in der OSZE eine Kommunikationskultur entsteht?

In diesem Jahr wird es ein modernisiertes Kommunikationskonzept für die ganze OSZE geben. Im Spätherbst bekommt die Website nach einem langen Prozess, in dem wir herausfinden wollten, was sich für die unterschiedlichen Communities am besten eignet, ein neues Gesicht. Besucher der Website können sich selbst mit eigenen Inhalten auf Twitter, über Facebook und andere Plattformen einbringen und Inhalte über Mobiltelefone und Tablets abrufen. Sie können sich an der Diskussion in unserem Magazin beteiligen und sich zu Sicherheitsfragen äußern, die ihnen wichtig sind.

Zugleich ermöglicht uns die neue Technik auch einen engeren Kontakt mit unseren Kollegen außerhalb von Wien und gibt uns die Möglichkeit, die besten Stories zu finden und rechtzeitig vorzubereiten. Ziel ist es, der OSZE mehr Gehör zu verschaffen und ihren Mitarbeitern und den Delegationen durch mehr interne Kommunikation einen Motivationsschub zu geben. Jeder ist ein Botschafter der Kommunikation, und mit guter Vorausplanung, Kreativität und den richtigen Methoden können wir alle daran mitwirken, den Menschen weltweit den Wert und die Aufgabe der OSZE nahezubringen.



Vom Meeresgrund bis zu den Bergeshöhen

Zwei Jahrzehnte ist es her, seit die kanadische Regierung und die Haida, eine der „Ersten Nationen“, ihre Differenzen darüber beileigten, wem der südliche Teil des ökologisch sensiblen Archipels Haida Gwaii (engl. Queen Charlotte Islands), eine vom Regenwald bedeckte Inselgruppe vor der Kanadischen Pazifikküste gehört, um künftig gemeinsam dessen Schutz zu übernehmen.

Anlässlich der Feiern zum zwanzigsten Jahrestag des beispielgebenden Gwaii-Haanas-Abkommens am 15. August 2013 wurde in Hlk'hay GawGa (Windy Bay) ein an die fünfzehn Meter hoher Totempfahl errichtet, das erste Mal seit 130 Jahren in diesem Gebiet. Der Holzschnitzer Jaalen Edenshaw erzählt dessen Geschichte.

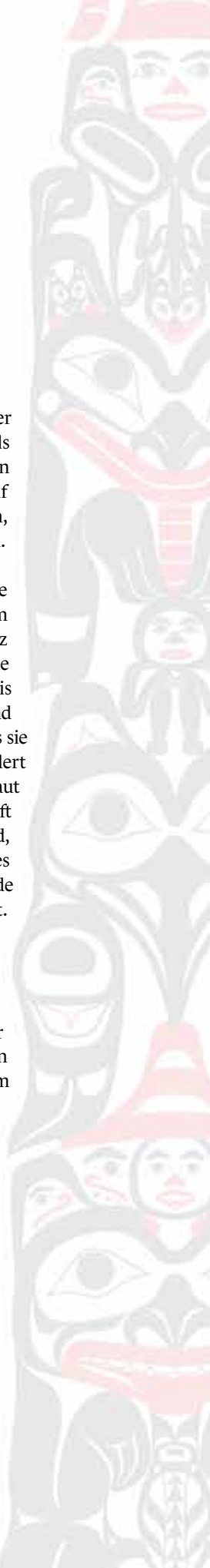
Wie kam es überhaupt zu dem Gwaii-Haanas-Abkommen?

Das Abkommen ist eigentlich die Folge der Ereignisse von vor dreißig Jahren; damals begannen Holzfäller mit dem Abholzen in GwaiiHaanas, wobei sie teilweise auch auf die Flüsse, in denen die Lachse leben, keine Rücksicht nahmen.

In den 1980er Jahren beschloss eine Gruppe von Haida und Nicht-Haida, dem Kahlschlag mit ihrem körperlichen Einsatz ein Ende zu setzen, indem sie eine Menschenmauer bildeten. Das hatte bis dahin noch niemand in dieser Gegend getan, sie wussten daher nicht, was sie erwartete. Es dürften so an die hundert Personen gewesen sein, die dabei ihre Haut zu Markte trugen. Die ganze Gemeinschaft unterstützte die Initiative mit Geld, Lebensmitteln oder Fisch – und es funktionierte, das Abholzen wurde eingestellt.

Kanada schlug vor, GwaiiHaanas zum Nationalpark zu erklären, doch das hätte bedeutet, dass wir dort nicht mehr fischen oder jagen, keiner unserer üblichen Tätigkeiten mehr nachgehen hätten können, was eigentlich einem Aufgeben unserer Eigentumsansprüche auf dieses Land gleichgekommen wäre. Also lehnten wir den Vorschlag ab und nahmen Verhandlungen auf, deren Ergebnis schließlich das Gwaii-Haanas-Abkommen war.

Auf der ersten Seite des Abkommens steht in der Spalte links: „Die Nation der Haida betrachtet den Archipel als Land, das ihnen gehört [...]“. Am rechten Rand der Seite steht die Erläuterung aus Sicht Kanadas: „Die Regierung Kanadas betrachtet den Archipel als Kronland, das bestimmten Privatrechten und



„Gam hlaamguulaay
unhl wiidang“ bedeutet auf
Haida „Eile mit Weile“.

–Jaalen Edenshaw



Interessen unterliegt und der Hoheit ihrer Majestät der Königin untersteht [...]“ Am Ende des Abkommens kommen die beiden Parteien sozusagen überein, sich nicht über das Eigentumsrecht einigen zu können, vereinbaren jedoch, es in Zukunft gemeinsam zu schützen.

Ich glaube, das Abkommen ist einzig in seiner Art, auf alle Fälle in Kanada, wenn nicht sogar weltweit. Alles, was auf diesem Territorium geschieht, bedarf der Genehmigung Kanadas und der Nation der Haida.

Was bedeuten die auf dem Totempfahl dargestellten Figuren?

Der Adler an der Spitze und der Fisch am unteren Ende des Pfahles symbolisieren die Tatsache, dass durch das Abkommen GwaiiHaanas vom Meeresgrund bis zu den Bergeshöhen unter Schutz gestellt wird. Die aus fünf Personen gebildete Gruppe stellt die Blockade dar.

Die drei Wächter im oberen Teil erinnern an eine Entwicklung, die in den frühen 1970er Jahren stattfand, als Leute, die keine Inselbewohner waren, aus den alten Dörfern einfach Teile von Totempfählen und andere historische Fundstücke mitnahmen. Da uns das Land gehörte, mussten wir auch vor Ort präsent sein und darauf aufpassen. So entstand das Wächter-Programm. Die Haida werden dafür bezahlt, den Sommer in den Dörfern zu verbringen; sie sprechen mit den Besuchern, laden sie ein, sich dort umzusehen und sorgen dafür, dass sich die Besucher auf unserem Territorium respektvoll verhalten.

Diese Wächter an der Spitze der Totempfähle haben eigentlich eine uralte Tradition. Es gibt eine Erzählung von zwei Haida-Kriegern, die in den Baumwipfeln auf Spähposten sitzen, um die Feinde rechtzeitig auszumachen. Sie verständigten sich untereinander in der Sprache der Raben. Die Wächter von heute tun im Grunde nichts anderes, sie passen auf unsere Dörfer auf.

Welche Tradition steht hinter Ihrem Totempfahl?

Ursprünglich lebten auf der Insel zwischen zehn- und vierzigtausend Haida, vermutlich in zwanzig bis dreißig Dörfern. Die Pocken dezimierten die Bevölkerung auf rund 500 Personen. Dann kamen Missionare, die die Menschen dazu veranlassten, ihre Pfähle zu fällen. Erst vor etwa vierzig Jahren wurde das Schnitzen der Pfähle wiederaufgenommen – zur selben Zeit, als unser Volk begann, sich mit Kanada wegen des Territorialkonflikts auf politischem Weg auseinanderzusetzen.

Beim Aufstellen eines Totempfahls wird dessen Geschichte erzählt und jeder, der zur Feierlichkeit eingeladen wurde, erhält am Ende eine Geldsumme als Geschenk. Dadurch wird ihm die Aufgabe des Erinnerns übertragen. Damit bleibt die Geschichte jedes Pfahls an die hundert Jahre im Gedächtnis – bis der Pfahl umfällt und verwittert und so Platz für neue Geschichten macht.

Dieser Pfahl soll wirklich eine feierliche Würdigung der Tatsache sein, dass das Gwaii Haanas-Abkommen funktioniert. Es ist einzig in seiner Art. Wir leben hier in einer Gegend, die so gut wie kaum eine andere verwaltet und betreut wird.

*Security Community Redakteurin Ursula Froese sprach mit
Jaalen Edenshaw, am 29 August 2013.*

Fotos: Parks Canada

Energie aus Meer, Sonne und Wind



Links und unten: Testversuche mit der ersten Gezeitenturbine der Welt, die von Peter Fraenkel in Loch Linnhe, Schottland, entwickelt wurde. 1994/5 (Fotos: Peter Fraenkel); rechts oben und Mitte: Die Gezeitenturbine SeaGen in Strangford Lough (Fotos: Marine Current Turbine, ein Unternehmen der Siemens-Gruppe)



Die Kraft der Gezeiten

Es war 1994, als der britische Ingenieur Peter Fraenkel eine kleine Turbine am Kiel seines stählernen Katamarans befestigte, der in Lock Linnhe in Schottland lag, und damit die erste Gezeitenturbine der Welt in Betriebnahm. Mit einer Leistung von 15 Kilowatt konnte sie sieben Kessel kochenden Wassers erzeugen und bestätigte damit die Vision ihres Erfinders, mit Hilfe der Gezeiten Energie erzeugen zu können.

Mit seinem Partner Martin Wright machte sich Fraenkel an die kommerzielle Erzeugung von Gezeitenenergie. Im nordirischen Strangford Lough installierten sie 2008 den Gezeitengenerator Sea Gen, ein staatlich zugelassenes Kraftwerk, das heute Siemens gehört und bis August dieses Jahres mehr als 8 000 Megawatt ins Stromnetz des Vereinigten Königreichs eingespeist hat.

Anders als die Wellenenergie, die aus der großflächigen Bewegung des Meeres gewonnen wird, ist die Gezeitenenergie standortspezifisch: sie tritt im Umkreis von Landzungen auf, wo das Wasser durch einen

engen Kanal muss. Das Vereinigte Königreich hat gute Möglichkeiten zur Nutzung der Gezeitenenergie.

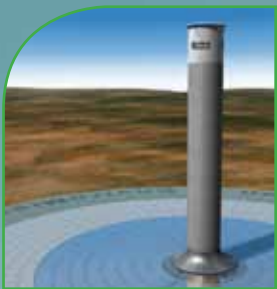
Eine Gezeitenturbine sieht wie eine auf den Kopf gestellte Windturbine aus, die unter Wasser arbeitet. Der einzige Unterschied liegt darin, dass das Wasser, das die Rotorblätter antreibt, 830 Mal dichter als Luft ist. Eine der größten Herausforderungen liegt darin, die Maschine bei einströmender Flut zu installieren.

Die Bewilligung stellt eine weitere Herausforderung dar. In Strangford Lough waren die Aufsichtsbehörden um die grauen Seehunde besorgt, die eine geschützte Art sind. Man geht jedoch im Allgemeinen davon aus, dass die Turbinen Robben nicht gefährden, da diese den Rotorblättern bei starker Flut nicht nahekommen.

Wir danken Stephanie Merry, Direktorin von Focus Offshore Limited, ein auf Wellen- und Gezeitenenergie spezialisiertes Ingenieurbüro, die uns freundlicherweise die Informationen für diesen Artikel zur Verfügung gestellt hat.

Aufsteigende heiße Luft

Ein Solarturm ist ein riesiger Kamin, der aus Sonnenenergie Elektrizität erzeugt. Die Sonne heizt mit ihrer Energie die Luft unter dem ausladenden glashausartigen Baldachin auf, der rund um den Fuß des Turmes gespannt ist. Unter



Ausnutzung des Kamineffekts steigt die heiße Luft im hohlen Turm auf, wodurch eine Luftströmung entsteht, die eine im Kamin installierte Windturbine antreibt, die zur Stromerzeugung genutzt wird.

Je höher und größer der Turm und je heißer die Luft ist, desto mehr Strom kann erzeugt werden. Da sich der Boden tagsüber erwärmt, kann die Stromerzeugung auch in der Nacht weitergehen. Sinkt die Temperatur der Außenluft, gibt der Boden Wärme ab, die den Aufwind in Gang hält.

Die Solarturmtechnik wurde in einer kleinen Versuchsanlage in Manzanares (Spanien) getestet, die von 1982 bis 1989 50 Kilowatt erzeugte.

Die australische Firma EnviroMission hat den ersten großen Solarturm für ein Aufwindkraftwerk mit einer Maximalleistung von 200 Megawatt entwickelt, das in Arizona errichtet werden soll. Mit einer geplanten Höhe von 800 m wird der Turm das zweithöchste von Menschenhand errichtete Gebäude der Welt sein, doppelt so hoch wie das Empire State Building. In Arizona ist vorgeschrieben, dass bei Elektrizitätswerken, die gesetzlichen Regelungen unterliegen, bis zum Jahr 2025 fünfzehn Prozent der erzeugten Energie aus erneuerbaren Quellen kommen müssen.

Kälte aus Wärme erzeugen

Solarenergie entwickelt sich zunehmend zu einer Möglichkeit, wie wir unser Räume klimatisieren können. Man geht davon aus, dass es Ende 2012 weltweit an die 1 000 mit Sonnenenergie betriebene Kühlsysteme gab, 80 Prozent davon in Europa und dort vor allem in Spanien, Deutschland und Italien. Ein Wachstumsmarkt, der sich rasch entwickelt.

Ein Gebäude mithilfe von Solarenergie zu kühlen ist sehr energieeffizient. Das macht diese Technik für die entwickelte Welt, wo der Energiebedarf für Gebäude mehr als vierzig Prozent des gesamten Energieverbrauchs ausmacht, zu einer interessanten Option. Solarbetriebene Klimaanlage sind umweltfreundlich; die meisten von ihnen verwenden flüssige Kältemittel.

An der französischen Universität La Rochelle wurde ein System entwickelt, das nur mit Wasser arbeitet. Die von außen angesaugte Luft wird zuerst mit einem Trockenmittel entfeuchtet und dann mittels Verdunstungskühler abgekühlt. Das System wird durch die Sonnenenergie am Laufen gehalten, die die Luft beim Austritt aus dem Gebäude erwärmt. Über das Stromnetz zugeführte Energie wird nur zum Betrieb der Ventilatoren benötigt.

Kühlung durch Trocknung kann den Energieverbrauch um nahezu die Hälfte senken, doch sind die Möglichkeiten begrenzt. Die Kühlung darf nicht zu stark sein, da ansonsten die Ventilatoren zu viel Strom für die Kühlung verbrauchen. In heißen und feuchten Klimazonen muss diese Art der Kühlung von herkömmlichen Kühlsystemen unterstützt werden.

In gemäßigten Klimazonen, in denen die absolute Feuchtigkeit der Außenluft nicht über 14 bis 15 g/kg beträgt und die Temperatur 34 Grad Celsius nicht übersteigt, kann die solarthermische Kühlung durch Trocknung und Verdunstung durchaus interessant sein, um den Energieverbrauch und die Treibhausgasemissionen zu reduzieren.



Dieser Beitrag entstand mit freundlicher Unterstützung durch Paul Bourdoukan von SORANE SA, der zuvor an der Universität La Rochelle tätig war.

Entscheidung für die richtige Energie als Beitrag zum Frieden

von Hélène Connor

In den meisten Industriestaaten ist eine radikale Umstrukturierung der Energiepolitik im Gange, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Die erforderlichen Umstellungen werden wahrscheinlich große Auswirkungen auf die betreffenden Volkswirtschaften und darüber hinaus haben. Das Europäische Parlament verabschiedete beispielsweise im Dezember 2008 das EU Klima- und Energiepaket mit Zielvorgaben für die Reduzierung der Kohlenstoffemissionen, die Steigerung der Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energiequellen, die bis 2020 in der europäischen Energiepolitik erreicht werden sollen. Einige Länder wollen noch über die vereinbarten 20 Prozent hinausgehen. Gelingt es ihnen, werden sie so ganz nebenbei mehr erreicht haben, als sie sich eigentlich vorgenommen hatten: erstens einmal eine bessere Energiepolitik, darüber hinaus aber auch ein dauerhaftes Bekenntnis zu einer Welt, in der weniger um Ressourcen gestritten wird, insbesondere im Energiebereich. Damit könnten sie auch

¹⁴ einen Beitrag zum Weltfrieden leisten – was für ein Gewinn!

„Erneuerbare Energie kann Energie für alle sein, da sie niemandem gehört.“

Zu oft schon war die Suche nach Energie mit Landraub, Mord, Entführungen und anderen Gewaltakten verbunden, die Zugang zu fossilen Energieressourcen verschaffen sollten. Viele der immer wiederkehrenden Konflikte im Nahen Osten haben direkt oder indirekt mit der Herrschaft über ölreiche Gebiete zu tun und kosten enorm viel Geld und Menschenleben. Diese Kosten wurden nie in den Preiseingerechnet, den die Verbraucher für ihre Energie zahlen, ein Versäumnis, das zu den schon vorhandenen Verzerrungen im Energiemarkt – etwa in Form verschiedenster Subventionen – noch hinzukommt und der Energieverschwendung Vorschub leistet. Sie stehen jedoch auf einer anderen Rechnung. Auf die eine oder andere Weise muss die Gesellschaft den Preis dafür bezahlen und meist wird dadurch der endlose Armutskreislauf fortgeschrieben. Energiebeschaffung muss nicht so brutal sein. Seien wir also vernünftig und gehen wir das Problem direkt an.

Energie ist ein strategisches Instrument und kein Selbstzweck. Was zählt, ist nicht die reine Menge an Energie, sondern die Effizienz, mit der wir sie nutzen können. Energiedienstleistungen sind sehr vielfältig und darauf ausgerichtet, den menschlichen Wohlstand zu mehren. Letzterer – gemessen nicht über das traditionelle und ungeeignete Bruttoinlandsprodukt (BIP) sondern den Genuine Progress Indicator (GPI), der soziale Faktoren und Umweltkosten berücksichtigt – erreichte um 1978 seinen Höhepunkt und sinkt seither beständig. Eine Studie hat jüngst gezeigt, dass in dem Jahr, in dem der GPI auf seinem Höchststand war, zufälligerweise auch unser ökologischer Fußabdruck die Ressourcen zu überholen begann.

In den letzten dreißig Jahren haben wir gleichzeitig unseren Energieverbrauch und unsere ökologischen Schulden vermehrt. Die finanziellen und anderen Kosten spiegeln sich im derzeitigen Zustand der Wirtschaft wie auch der Umwelt wider. Kriege um Ressourcen und andere Machtkämpfe gehen in manchen Weltregionen

unvermindert weiter. Trotz der dadurch ausgelösten Katastrophen begehren manche Zugang zu noch mehr Energie und sind sogar bereit, dafür zu töten und in der Folge den Dämon Terrorismus zu entfesseln.

Im Laufe der Jahre haben wir jedoch gelernt, dass unser Tun und unser Glück nicht so sehr durch den Mangel an Energie, sondern vielmehr durch die Folgen dieses Tuns, insbesondere auf dem Energiesektor, begrenzt sind.

Der Ruf nach Energiesicherheit wurde bisher von vielen Analysten als Ruf nach mehr Angebot um jeden Preis missverstanden. Der Zugriff auf neue Ressourcen ist aber nicht der richtige Weg. Ganz im Gegenteil, die Risiken würden sich dadurch in unzumutbarer Weise erhöhen und die Kosten wären unabsehbar. Außerdem wäre es unmoralisch, bedenkt man, dass es oft ausländische Unternehmen sind, die Energieressourcen in Ländern erschließen, in denen die Bevölkerung nicht gefragt wurde und möglicherweise keine Ahnung davon hat, was vor sich geht.

Mehr Energie ist nicht der richtige Weg, um den Fortschritt zu beflügeln und den menschlichen Wohlstand weltweit zu heben. Auch in weniger entwickelten Ländern kann die Situation nur von Fall zu Fall beurteilt werden. Was zählt, ist nicht Quantität, sondern Qualität. Studien der Internationalen Atomenergie-Organisation und anderer zeigen, dass wir ebenso gut mit viel weniger Energie auskommen könnten. Langsam aber sicher müssen wir uns von Energiequellen, die die Umwelt oder die Gesundheit und den Genpool der Menschen irreversibel schädigen, wie fossile Brennstoffe und Kernreaktoren, verabschieden. Wie Amory Lovins in seinem bahnbrechenden Buch *Soft Energy Paths* betonte, „scheint in diesem Fall überraschenderweise kein heroischer Beschluss notwendig zu sein, da ein sozial verträglicheres Energiesystem auch billiger und einfacher ist“.

Seien wir also aufgeschlossen für erneuerbare Energiequellen wie die Strömung des Windes, das Steigen und Fallen der Gezeiten und landwirtschaftliche Nutzpflanzen, die überall auf dem Globus verfügbar sind und von uns gerade wiederentdeckt werden. Sie alle sind frei zugänglich und, da sie meist direkt oder indirekt von der Sonne abhängen, unerschöpflich. Wir müssen sie nur geschickt nutzbar machen und effizient einsetzen. Sie alle können mit friedlichen Mitteln genutzt werden und die ganze Bandbreite benötigter Dienstleistungen erbringen, selbst wenn sie gelagert oder transportiert werden müssen.

Die Techniken zur Erschließung erneuerbarer Energien werden von Tag zu Tag besser, sie können niedrige, mittlere und hohe Temperaturen, Strom und Treibstoff für die Fortbewegung erzeugen. Grüne Technologie ist überall im Kommen, auch in ölproduzierenden Ländern. Elektroingenieure errichten intelligente Netze, Architekten planen intelligente Gebäude. Intelligente Städte mit intelligenten Bürgermeistern an der Spitze wachsen auf allen Kontinenten aus dem Boden, neue Unternehmen entstehen und schaffen Arbeitsplätze in großer Zahl. Eine dezentralisierte Energieerzeugung ist näher am Verbraucher und spart somit Energie, die beim Transport verloren ginge. Sie nutzt folglich die Investitionen besser und bietet die Zuverlässigkeit, die wir zum Schutz vor drohenden Stromausfällen angesichts des immer häufigeren Auftretens extremer Klimaereignisse so dringend benötigen. Jetzt, wo die Sache in Schwung kommt, ist kluges politisches Handeln gefragt.

Erneuerbare Energie schafft Freiheit – innerhalb der strengen Grenzen der Naturgesetze. Der neue Energiefachmann muss intelligent sein und ein Verständnis von der Welt haben, das über die Mechanik hinausgeht. Er hat es mit lebenden Gebilden zu tun und arbeitet zum Wohl der Menschheit. Das kann anspruchsvoller sein, als nach schwarzen Steinen zu graben oder Flüssigkeiten aus dem Boden zu holen. Diese Stoffe

aus dem Boden haben natürlich einem Teil der Menschheit eine sehr bequeme materielle Welt ermöglicht, aber diese Wohltat sollte mit allen geteilt werden. Erneuerbare Energie kann Energie für alle sein, da sie niemandem gehört.

Unsere Welt bewegt sich in Richtung einer stärker auf das Teilen ausgerichteten Menschheit. In fast allen Ländern hat dies Eingang in die politische Vision gefunden: ein Zeichen, dass unsere geistige Energie dazu verwendet wird, um eine neue Denkweise hervorzubringen und uns auf eine klügere und intelligentere Nutzung von Energie und anderen Ressourcen zu besinnen – was manche mit den Begriffen „Gaia“ oder „Noosphäre“ umschreiben.

Der Trend zu erneuerbaren Energien gewinnt an Boden und ein neues Gefühl der Mitverantwortung entsteht bei aktiven Bürgern, die jetzt selbst darüber entscheiden können, woher sie ihre Energie beziehen, welchen Fußabdruck sie hinterlassen und welchen Einfluss sie auf die Welt haben. Wir müssen nicht bis 2030 oder 2020 warten: es geschieht jetzt. Lassen wir die aggressive Suche nach fossilen Brennstoffen und wenden wir uns der Energie in unserem Garten zu, von der wir Gebrauch machen können, ohne anderen zu schaden. Dank der immerwährenden reichlichen Verfügbarkeit erneuerbarer Energiequellen zeichnet sich ein neuer langfristiger Trend ab, eine Bewegung unter dem Motto *Yes in my backyard* ist im Entstehen. Daraus wird deutlich, dass unsere Energiesysteme auf lange Sicht Vorteile auf lokaler Ebene und Frieden ohne Grenzen bringen können.

Dr. Hélène Connor-Lajambe, frühere OECD-Administratorin, ist Gründerin und Ehrenpräsidentin von HELIO International. HELIO, gegründet 1997, ist ein unabhängiges internationales Netzwerk führender Energieanalytiker, die den Beitrag der Energiesysteme und der Energiepolitik zu einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung ergründen, bewerten, messen und veröffentlichen. Siehe www.helio-international.org.

Weiterführende Publikationen



HELIO International, TIPEE: Politiqueénergétique et écodéveloppement (2012) [www.helio-international.org/Manual Final.pdf](http://www.helio-international.org/Manual%20Final.pdf)

Handbuch auf Französisch über den energiepolitischen Ansatz zur ökologischen Entwicklung.

Ida Kubiszewski, Robert Costanza et al , „Beyond GDP: Measuring and achieving global genuine progress“ in Ecological Economics 93, 2013.

Hier wird gezeigt, dass der weltweite GPI in demselben Jahr seinen Höchststand erreichte, als der globale ökologische Fußabdruck pro Person die globale Pro-Kopf-Biokapazität überholte.

Amory Lovins, Soft EnergyPaths: Towards a Durable Peace (Penguin Books, 1977).

Einer der ersten, der für eine Wende zur erneuerbaren Energie eintrat.

„Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien hilft Geld zu sparen sowie Preisschwankungen und Unsicherheiten in der Treibstoffversorgung zu verhindern und verringert die Kohlenstoffemissionen. Ihr einzigartiger strategischer und Marketingvorteil liegt jedoch darin, dass sie bei richtigem Einsatz in einem großen Verbund den Aufbau einer stabilen Netzwerkarchitektur ermöglichen (oft als „nettedislandablemicrogrids“ bezeichnet), in der große, kaskadenartige Ausfälle grundsätzlich unwahrscheinlich sind. Durch diesen, vom Pentagon bereits übernommenen Ansatz würden große Energieversorgungsanlagen nicht mehr anfällig für Hurrikane, Solarstürme, physische und Cyberangriffe sowie andere Risiken. Nach dem Hurrikan Sandy wird die Nachfrage nach einer derartigen Widerstandsfähigkeit immer mehr zu einem wichtigen Motor für den Markt.“

– Amory Lovins, „*Amory’s Angles: three major energy trends to watch*“ in *Solutions Journal*, Online-Magazin des Rocky Mountain Institute.

Aus der Energiewende in Deutschland lernen

von Christoph Senz

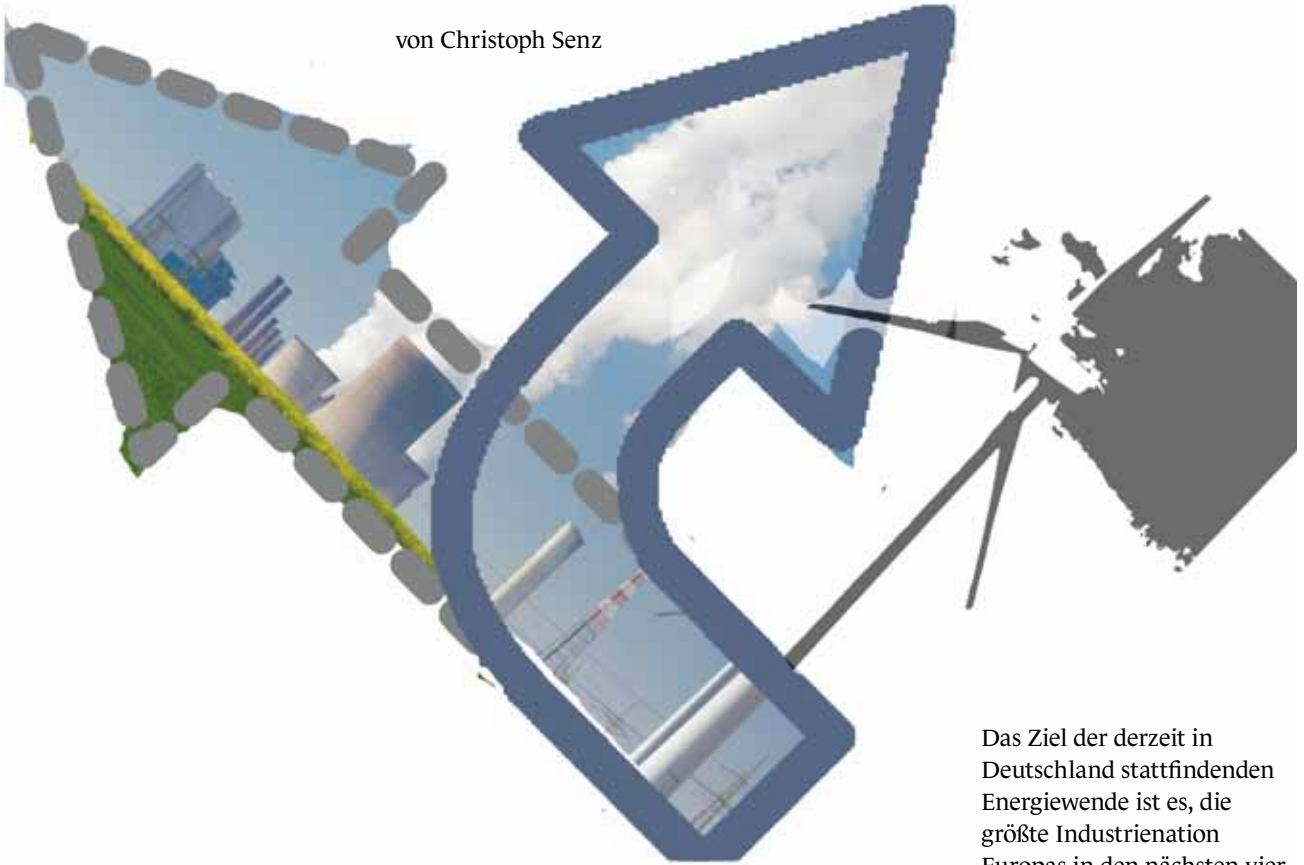


Foto für die Collage: iStock

Das Ziel der derzeit in Deutschland stattfindenden Energiewende ist es, die größte Industrienation Europas in den nächsten vier Jahrzehnten in die Lage zu versetzen, ihren Energiebedarf fast ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen zu decken.

Wenn mit der Energiewende alles nach Plan verläuft, wird sich der Verbrauch von Primärenergie in Deutschland bis 2050 halbiert haben. Erneuerbare Energie wird über 80 Prozent des Bedarfs des Landes an elektrischem Strom decken. Und der Kohlenstoffausstoß wird um 80 bis 95 Prozent gesunken sein.

Andere Länder, die ähnliche Zielvorgaben zur Reduzierung der Kohlenstoffemissionen verfolgen, etwa das Vereinigte Königreich, setzen neben erneuerbaren Energiequellen auf Atomstrom und Kohlenstoffbindung. Nicht so Deutschland, wo die Katastrophe im Kernkraftwerk Fukushima von 2011 den Anstoß zur politischen Entscheidung gab, bis 2022 alle Kernkraftwerke zu schließen.

Die Fortschritte konnten bisher mit der ehrgeizigen Zielsetzung Schritt halten. Ein Viertel des Stroms in Deutschland stammt heute aus erneuerbaren Quellen wie Sonne und Wind.

Welche Erkenntnisse aus der deutschen Energiewende können für andere Länder, die ihre Kohlenstoffbilanz verbessern und ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern wollen, von Nutzen sein?

In Megawatt, nicht

Megawattstunden denken

Für die meisten Leute kommt der Strom einfach aus der Steckdose. In unserem täglichen Leben verschwenden wir keinen Gedanken daran, dass Nachfrage und Angebot in jeder Sekunde ausgewogen sein müssen und dass es technisch fast unmöglich ist, riesige Strommengen zu speichern. Im

Grunde kann jede ungeplante Änderung im Übertragungsnetz ernst zu nehmende Probleme, ja sogar einen Stromausfall verursachen.

In den mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerken pflegten die Ingenieure diesem Problem durch sorgfältige Nachfrageprognosen und entsprechende Produktionsplanung aus dem Weg zu gehen. Die diskontinuierlich zur Verfügung stehende Energie aus Sonne und Wind macht die Sache erheblich komplizierter. Sonne und Wind können nicht nach Belieben beherrscht werden.

Mit zunehmender Nutzung erneuerbarer Energieträger findet im Elektrizitätssystem ein Paradigmenwechsel statt, weg von Nachfrageprognosen und darauf abgestimmter Produktionsplanung hin zu Produktionsprognosen und darauf abgestimmter Nachfrageplanung. Zum Beispiel wird etwa um die Mittagszeit vermutlich mehr Solarenergie erzeugt. Industriebetriebe müssen daher dazu ermutigt werden, ihren Bedarf um die Tagesmitte zu erhöhen, etwa durch Anreize wie niedrigere Stromtarife.

In einer Werbung für die Windenergie heißt es typischerweise: „Diese Windturbine liefert Strom für 5 000 Haushalte.“ Das mag stimmen, wenn man die gesamte Stromerzeugung über ein ganzes Jahr heranzieht. Doch in Wirklichkeit könnte diese Windturbine allein nicht einmal einen einzigen Haushalt mit Strom versorgen. Denn es wird immer Zeiten geben, in denen der Wind nicht bläst. Ausschlaggebend ist nicht die Energiemenge, gemessen in Megawattstunden, sondern die Produktionsrate, gemessen in Megawatt.

Wird die zu einem bestimmten Zeitpunkt erzeugte Energie auch zu diesem Zeitpunkt benötigt? Das ist die Frage, auf die es ankommt. Und wer sorgt für gesicherte Kapazitäten in Zeiten, in denen kein Wind bläst und die Sonne nicht scheint? Laut einer Analyse der deutschen Stromnetzdaten können solche Perioden bis zu zwei Wochen dauern. Leider kommen sie meist im Winter vor, wenn der Strombedarf sehr hoch ist. Die mit fossilen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke müssen ihre Kapazitäten fast vollständig ausschöpfen, um diese Zeiten zu überbrücken. Doch mit

einem wachsenden Anteil der erneuerbaren Energiequellen am Energiemarkt wird es immer weniger rentabel, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten.

Diese Tatsache wurde uns vor Augen geführt, als das effizienteste Gaskraftwerk der Welt im süddeutschen Irsching Anfang dieses Jahres stillgelegt werden sollte, nachdem sich seine Betriebsstunden in den letzten vier Jahren halbiert hatten. Nachdem ins Treffen geführt wurde, dass das Kraftwerk für die Netzstabilität unerlässlich sei, stimmte der Betreiber des Übertragungssystems zu, einen Beitrag zu den Betriebskosten zu leisten, der nun an die Stromkunden über die Netznutzungsgebühren weitergegeben wird.

Erneuerbare Energiequellen ändern die Ökonomie des Energiemarktes von Grund auf. Flexibilität und Kapazität werden zu den wichtigsten Werttreibern. Wenn erneuerbare Energien einen Marktanteil von rund 30 Prozent erreichen, wird eine Umgestaltung des Marktes notwendig sein, in dem die Käufer nicht nur für die Bereitstellung von Strom, sondern auch für die Bereitstellung von Kapazitäten bezahlen. Mögliche Lösungen, etwa in Form von Kapazitätsmärkten, auf denen mit Zertifikaten für gesicherte Kapazitäten gehandelt wird, sind in Deutschland derzeit Gegenstand einer intensiven Debatte.

Vernetzungsfähigkeit und Speicherung vorausplanen

Wie sind Flexibilität und gesicherte Kapazität am besten zu erreichen? Eine Lösung besteht in der Stabilisierung des Netzes durch Zusammenarbeit mit Nachbarländern. Mit zunehmender Nutzung erneuerbarer Energiequellen wird es Zeiten geben, in denen Deutschland mehr Solar- und Windenergie erzeugt, als es benötigt. Dieser Überschuss könnte exportiert werden, etwa zur Bedarfsdeckung in Skandinavien. Die skandinavischen Länder könnten ihrerseits ihre Pumpspeicherkraftwerke dazu nutzen, bei Bedarf Strom zurück nach Deutschland zu exportieren.

Die Errichtung von Verbindungsleitungen zwischen Ländern braucht jedoch Zeit und kostet Milliarden, vor allem wenn sie

Meere queren müssen. Die derzeit in Bau befindliche Verbindungsleitung zwischen Deutschland und Norwegen mit einer Kapazität von 1 400 Megawatt wird nicht vor 2018 fertiggestellt sein.

Zumindest für das nächste Jahrzehnt wird die Flexibilität durch bestehende Technologien aufrechterhalten werden müssen: die Weiterführung von Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen, die rasch hochgefahren werden können, Anreize für bestimmte Industriezweige, auf Zeiten umzusteigen, in denen reichlich Energie vorhanden ist, und die Nutzung der zahlreichen deutschen Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung, um Strom zu Spitzenlastzeiten ins Netz einzuspeisen.

Die Speicherung von erneuerbarer Energie wird mit Ausnahme der Wasserkraft in absehbarer Zeit kaum an Bedeutung gewinnen, da die entsprechenden Technologien noch in den Kinderschuhen stecken. Aber sie werden in der Zukunft gebraucht werden, wenn die erneuerbaren Energiequellen sich einem Anteil von 70 Prozent an der Energieerzeugung nähern. Deutschland investiert daher in Technologien wie „Strom zu Gas“, die überschüssige erneuerbare Energie zur Umwandlung von Wasser und Kohlendioxid in Methan nützt, das dann zur späteren Nutzung gespeichert wird.

Einen vollständig dezentralisierten Prozess vermeiden

Der Umstieg auf erneuerbare Energie wird dann weniger Investitionen erfordern, wenn die Regierung nicht nur eine politische Agenda erstellt, sondern auch einen umfassenden Aktionsplan mit Zielvorgaben, Technologien und Standorten.

In Deutschland wird die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen derzeit durch feste Einspeisetarife gefördert, die je nach Standort und Technologie eine Rendite von sechs bis zehn Prozent pro Jahr bringen. Das ist einer der wichtigsten Motoren für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energiequellen im Land. Der Nachteil dieser Strategie ist der Mangel an Kontrolle in Bezug auf die installierten Kapazitäten, die Technologie und den Standort.

Regierungsauktionen wären eine der Möglichkeiten zur Erhöhung der Kontrolle. Auf Grundlage einer Analyse des Stromnetzes, der Nachfrage und der konventionellen Stromerzeugung in einer bestimmten Region könnten Investoren für die Installation von, sagen wir, 200 Megawatt Windenergiekapazität bieten. Der Bieter, der sich mit dem niedrigsten Investitionsbonus zufriedengibt, würde den Zuschlag erhalten. Dadurch wäre nicht nur mehr politische Kontrolle sichergestellt, sondern es würden sich auch die Investitionen in das Stromnetz verringern.

Wie immer man es betrachtet, hat sich die Kostenfrage zu einem zentralen Element der Energiedebatte in Deutschland entwickelt. Sie fair zu lösen, mag keine einfache Aufgabe sein, doch ist sie von größter Bedeutung, wenn der Energiewandel auch weiterhin breite Unterstützung in der Öffentlichkeit und in der Politik finden soll.

Christoph Senz ist strategischer Berater der ProCom GmbH in Deutschland. Dieser Artikel beruht auf einem Vortrag, den er am 29. April 2013 in Wien auf dem OSZE-Expertenworkshop über nachhaltige Energie im südlichen Mittelmeerraum gehalten hat.

Nichts ist umsonst

Derzeit sind viele energieintensive Industriebetriebe in Deutschland von der Umlage nach dem Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien befreit, die die Stromrechnung der normalen Privat- und Geschäftskunden erhöht. Deshalb fordern jetzt viele, dass der Industriesektor einen höheren Beitrag leistet.

Eine Erhöhung der Produktionskosten für die Industrie könnte jedoch eine riskante Strategie für ein Land sein, dessen Wirtschaft auf die Fertigung und den Export ausgerichtet ist. Der Vormarsch der Schiefergasförderung im großen Maßstab und fallende Energiepreise in den Vereinigten Staaten haben die Debatte weiter angeheizt. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hat unlängst die Sorge geäußert, dass deutsche Firmen bereits unter den hohen Energiepreisen leiden und ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren könnten, falls die derzeitigen Trends anhalten.



Gemälde von Michael Adonai (alle Rechte vorbehalten.)

Unseren Planeten in seiner Buntheit erhalten

Siebenunddreißig Künstler aus 22 Ländern unterzeichneten im Dorf Ordino in den Bergen Andorras ein Manifest, in dem sie das Bekenntnis zu einer Welt abgaben, in der die Schönheit der Natur und die Energieressourcen der Erde für künftige Generationen erhalten bleiben.

Dieses von der Andorranischen UNESCO-Kommission alle zwei Jahre veranstaltete Treffen widmete sich 2012 dem Thema „Nachhaltige Energie für alle“.

„Und wieder ereignete sich ein magischer Augenblick, als eine Gruppe von Künstlern aus aller Welt in unserem kleinen Land eintraf. Sie lebten gemeinsam, sie arbeiteten gemeinsam und tauschten ihr Wissen um die Kunst aus, und jeder von ihnen brachte einzigartige Erfahrungen aus seiner Heimat mit“, erinnert sich der Bildhauer und Kunstprofessor Faust Campamà, dessen Initiative das andorranische Kunstcamp 2008 zu verdanken war. Einige der Künstler kamen aus Ländern, in denen gewalttätige

Konflikte stattgefunden hatten oder noch immer im Gange waren.

„Die atemberaubende Schönheit Andorras, verbunden mit der Gemeinschaft von Künstlern aus aller Welt, hat mich in meinem Glauben an die menschliche Würde und den sozialen Fortschritt bestärkt“, sagt der Künstler Michael Adonai aus Eritrea.

„Frieden entsteht nicht ausschließlich durch politische und wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen Regierungen, sondern bedarf auch der intellektuellen und moralischen Solidarität“, erklärte der Generalsekretär der Andorranischen UNESCO-Kommission, Jean Michel Armengol, anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung einer Auswahl von Bildern der Künstler am 13. Juli 2013 im OSZE-Konferenzzentrum in Wien. Weitere Bilder sind derzeit auf der Biennale in Venedig zu sehen.

Frauenpower aus der Sonne

von Anke Stock

Frauen haben eine andere Sicht von Energienutzung als Männer. Der Stellenwert der Frauen in wirtschaftlichen Belangen muss unbedingt gestärkt werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, die den Energiebedarf der Gegenwart deckt, ohne das Erbe künftiger Generationen zu schmälern, wie bereits in der Erklärung von Rio von 1992 festgestellt wurde. Doch ineffiziente, arbeitsintensive Methoden der Energieerzeugung hindern Frauen oft daran, eine gleichberechtigte Rolle in der Gesellschaft zu spielen.

Women in Europe for a Common Future (WECF) ist ein Netz von über 100 Organisationen, größtenteils aus Westeuropa, Zentralasien, dem Kaukasus und dem Balkan, das kurz nach Rio gegründet wurde, um politische Entscheidungsträger auf die Sicht der Frauen aufmerksam zu machen. WECF führt auch örtliche Projekte zur Förderung einer gesunden Umwelt und zur Stärkung der Rolle der Frauen durch. Vor Kurzem half das Netz Frauen in der OSZE-Region, ihre Lebenssituation durch die Nutzung der Sonnenkraft zu verbessern.

In einigen Gegenden der Ukraine und Georgiens ist Holz nach wie vor eine der wichtigsten Energiequellen für das Heizen und Kochen. Meist sind es die Frauen, die Brennholz sammeln und Feuer machen, um Wasser für Hausarbeiten zu erwärmen und das Essen zuzubereiten. WECF führte in diesen Regionen ein Projekt durch, das Haushalten den Umstieg auf Solarwärmanlagen ermöglichte. Gemeinsam mit seinem deutschen Partner Solar Partner Süd unterwies WECF Frauen in der Montage und Wartung der Sonnenkollektoren.

In Tadschikistan bleiben viele Frauen und Kinder sich selbst überlassen, wenn die Männer das Land verlassen, um im Ausland Arbeit zu suchen. In der Stadt Dehkanobod rund 30 km von der Hauptstadt Duschanbe entfernt beschloss eine Gruppe von Frauen, ihr Einkommen durch den Anbau und Verkauf von Gemüse und Obst aufzubessern. Ein erhebliches Problem waren dabei die hohen

Energiekosten zum Betrieb der Gewächshäuser.

WECF schlug ihnen vor, solarbetriebene Gewächshäuser zu bauen. Im Gegensatz zur althergebrachten Bauweise sind diese nicht teuer und können ohne besonderes handwerkliches Geschick errichtet werden. Sie speichern Wärme und ermöglichen den Anbauern eine frühe erste Ernte.

Mit Mitteln des WECF und praktischen Ratschlägen örtlicher Partner bauten die Frauen die Solar-Gewächshäuser und nahmen sie im letzten Frühjahr in Betrieb. Nun konnten sie Tomaten, Gurken und Kräuter in Duschanbe und auf dem örtlichen Markt verkaufen.

Das sind nur zwei Beispiele von bescheidenen Initiativen, die kleine Änderungen bewirken. Doch WECF hat gelernt, dass dezentralisierte Projekte, die mithilfe örtlicher Partner durchgeführt werden, große Wirkung haben können. Sie können eine größere Bewegung des erwachenden Verantwortungsbewusstseins auslösen ... für die Gleichberechtigung der Geschlechter und für unsere Heimat Erde.

Dr. Anke Stock ist leitende Koordinatorin für Gleichstellung und Rechte beim WECF. Sie hielt einen Vortrag über die Förderung von nachhaltiger Energie aus der Genderperspektive auf dem Zweiten Vorbereitungstreffen für das 21. OSZE-Wirtschafts- und Umweltforum am 16. und 17. April 2013 in Kiew.

Die OSZE achtet auf ihren ökologischen Fußabdruck

Die Teilnehmerstaaten erörtern Möglichkeiten zur Verringerung der umweltschädigenden Auswirkungen ihrer Energieerzeugung und Energienutzung. Das 21. Wirtschafts- und Umweltforum vom 11. bis 13. September 2013 in Prag widmete sich unter ukrainischem Vorsitz der Vergrößerung von Stabilität und Sicherheit durch Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks.

Der Energiedialog stand von Anfang an auf der Agenda der OSZE. 2006 erklärten die Staaten offiziell ihre Unterstützung für neue und erneuerbare Energiequellen.

Das Büro des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE in Wien ist die Schaltstelle für den Austausch bewährter Praktiken. Die OSZE-Feldoperationen unterstützen ihre Gastländer bei der Entwicklung von erneuerbarer Energie, zum Beispiel in Usbekistan, wo der erneuerbaren Energie höchste politische Bedeutung beigemessen wird und die OSZE das 2012 in Taschkent gegründete Regionalzentrum für erneuerbare Energie unterstützt.

Nächste Veranstaltung zum Thema! Internationale Konferenz auf hoher Ebene über Energiesicherheit und -nachhaltigkeit — die OSZE-Perspektive am 17. und 18. Oktober in Aschabat.

Was die Welt jetzt braucht

Kandeh K. Yumkella



Jeder auf dieser Welt braucht Zugang zu modernen Energiequellen, um sein tägliches Leben zu bewältigen und wirtschaftlich auf eigenen Beinen zu stehen. Unser heutiges Energiesystem auf Grundlage fossiler Brennstoffe ist ungerecht und nicht nachhaltig. Wir müssen dringend unsere energiebezogenen Kohlendioxidemissionen reduzieren, die unseren Wohlstand und unsere Sicherheit gefährden.

„... damit die begrenzten Ressourcen der Erde die Entwicklung fördern, anstatt Konflikte zu schüren.“

Berichten zufolge hat noch immer jede fünfte Person keinen elektrischen Strom. Das sind 1,3 Milliarden Menschen—Männer, Frauen und Kinder. Etwa doppelt so viele, 3 Milliarden Menschen, kochen und heizen mit traditionellen Energiequellen wie Holz, Kohle, Holzkohle oder Tierdung. Das sind fast 40 Prozent der Weltbevölkerung.

In der industrialisierten Welt sieht die Sache anders aus. Lebenswichtige Dienste wie Licht, Brennstoff zum Heizen und Kochen sind verfügbar. Doch sind Müll und Umweltverschmutzung die Folge. Ineffiziente, CO₂ intensive Energienutzung zerstört unsere wirtschaftliche Produktivität und trägt in unerhörtem Ausmaß zu Veränderungen in den Klimabedingungen bei, die extreme Wetterereignisse auslösen.

Wir müssen uns diesen beiden Herausforderungen stellen. Wir müssen dafür sorgen, dass die „Energiearmen“ Zugang zu sauberen, verlässlichen, leistbaren und modernen Energiediensten erhalten. Wir in der industrialisierten Welt müssen den Thermostat senken und uns um Verbesserungen in puncto Energieeffizienz und in der Nutzung erneuerbarer Energiequellen bemühen.

Um das zu erreichen, müssen diese Fragen in den politischen Fokus gerückt werden. Es muss ihnen ein höherer Stellenwert, ja höchste Priorität in der politischen und entwicklungspolitischen Agenda eingeräumt werden.

Beide Herausforderungen können bewältigt werden. Den Zugang zu nachhaltiger Energie für jedermann zu gewährleisten, ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Das wird mithelfen, Millionen aus der Armut zu befreien. Wir können das schaffen und gleichzeitig bei der Verhütung des gefährlichen Klimawandels vorankommen, wenn wir verstärkt auf sauberere Energiequellen, einschließlich erneuerbarer Energie und fossiler Brennstofftechnologien mit geringem Treibhausgasausstoß, setzen.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, meinte dazu: „Energie ist der goldene Faden, der Wirtschaftswachstum mit mehr sozialer Gerechtigkeit und einer Umwelt verbindet, die die Welt zum Blühen bringt.“ Zur Auseinandersetzung mit den vor uns liegenden enormen Herausforderungen im Energiebereich hat er die Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ ins Leben gerufen.

„Nachhaltige Energie für alle“ verfolgt drei ehrgeizige, doch durchaus realistische Ziele: Gewährleistung des weltweiten Zugangs zu modernen Energiediensten, Verdoppelung der

weltweiten Rate bei der Steigerung der Energieeffizienz und Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am globalen Energiemix.

Regierungen auf der ganzen Welt haben der Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ zugestimmt. Länder in Afrika, die Europäische Union und die kleinen Inselentwicklungsländer haben ihre Unterstützung bekundet und zugesagt, sich durch Festlegung klarer nationaler Zielvorgaben und die Umsetzung nationaler politischer Strategien für die Erreichung der drei Ziele einzusetzen. Sie werden dabei von unten nach oben gerichtete Ansätze verfolgen.

Vor Kurzem fand unter der Federführung der Regierungen Tansanias, Mexikos und Norwegens online und an verschiedenen Orten in aller Welt ein Gespräch über die Bedeutung der Energie und deren Aufnahme in die Entwicklungsagenda nach 2015 statt.

Nach einem erfolgreichen Jahr 2012 der nachhaltigen Energie für alle hat die UN-Generalversammlung das Jahrzehnt 2014 – 2024 einstimmig zur Dekade der nachhaltigen Energie für alle ausgerufen.

Energie für den Frieden

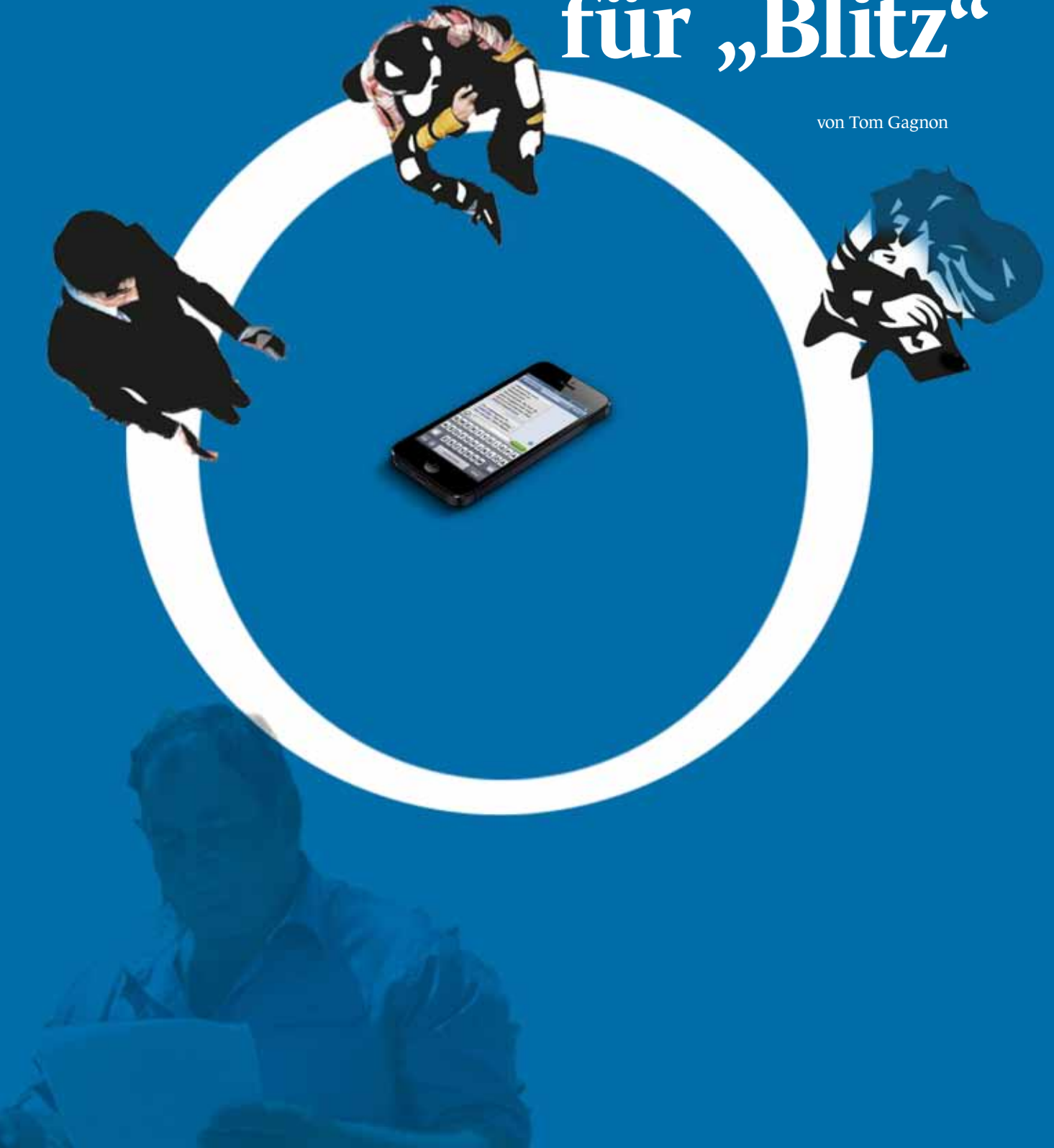
Wir müssen uns nicht nur intensiv mit der Energie für die Entwicklung beschäftigen, sondern sollten auch der Energie für den Frieden unsere Aufmerksamkeit schenken. Energie gab schon allzu oft Anlass zu Konflikten. Die Gefahr, in unserer Energiepolitik Fehler zu machen, ist beträchtlich; viele Konflikte waren das Ergebnis der Konkurrenz um Ressourcen. Sie brauchen nur eine Zeitung aufzuschlagen oder den Fernseher einzuschalten, um sich vom engen Zusammenhang zwischen Energie und Sicherheit zu überzeugen.

Und trotzdem gibt es nur wenige multilaterale Vereinbarungen zur Entschärfung von Konflikten um Energieressourcen oder zur Förderung vertrauensbildender Maßnahmen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden, damit die begrenzten Ressourcen der Erde die Entwicklung fördern, anstatt Konflikte zu schüren.

Kandeh K. Yumkella steht im Range eines Untergeneralsekretärs der Vereinten Nationen. Er ist Sonderbeauftragter des Generalsekretärs und Leiter der Initiative „Nachhaltige Energie für alle“ und Vorsitzender von UN-Energie.

Elva: Georgisch für „Blitz“

von Tom Gagnon



Eine Gruppe junger Innovatoren nützt eine Mobiltelefonplattform, um entlegene Dörfer in Nordgeorgien unter einander und mit internationalen Sicherheitsdienstleistern zu ernetzen.

„Ein Mann kam in unser Dorf, um seinen Onkel zu besuchen. Eines Morgens ging er Zigaretten kaufen und kam nie wieder zurück. Wir vermuten, dass er von den russischen Grenzbeamten festgenommen wurde“, erzählt Giorgi aus dem Dorf Dwani im nördlichen Georgien. Zwischenfälle wie dieser ereignen sich seit dem Krieg vom August 2008 immer wieder in Dwani und den Nachbardörfern.

Obwohl die bewaffneten Feindseligkeiten vor fünf Jahren endeten, wird der Friede in den Dörfern noch immer häufig von Schießereien gestört, und oft beobachten die Einwohner, wie bewaffnete Gruppen durch die Felder um ihre Häuser streifen. Außerdem kommt es oft vor, dass Anrainer, die absichtlich oder unabsichtlich auf der Suche nach Brennholz, im Zuge von Verwandtenbesuchen oder Geschäften die Grenze zwischen ihren Gemeinden und Südossetien überschreiten, von den Beamten der De-facto-Behörden in Südossetien festgenommen werden.

Die Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) beobachtet seit 2008 die Lage vor Ort und versucht gemeinsam mit der OSZE, derartigen Zwischenfällen mit Hilfe des international vereinbarten Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) nachzugehen. Die große Herausforderung, mit der die Beobachter und die Sicherheitsdienstleister kämpfen, besteht darin, rechtzeitige und genaue Informationen zu erhalten. Viele Gemeinden sind sehr entlegen und nur schwer zu erreichen. Verlässliche Informationen über die lokalen Sicherheitsverhältnisse zu bekommen, kostet Zeit und Geld und ist bisweilen ganz unmöglich.

Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, hat ein Team von Konfliktanalytikern und IT Experten in Zusammenarbeit mit UNDP Georgien mit Hilfe einer Mobiltelefonplattform eine bahnbrechende Methode entwickelt. Über „Elva“, was auf Georgisch „Blitz“ bedeutet, können die vom Konflikt betroffenen Gemeinden mit den Beobachtern oder Sicherheitsdienstleistern Kurzberichte über Sicherheitsanforderungen, Trends und Zwischenfälle austauschen.

Beobachtung von Trends

Die Menschen im nördlichen Georgien verwenden Elva seit 2010, um über sicherheitsrelevante Vorfälle in ihren Dörfern zu berichten. Das Verfahren ist einfach und funktioniert auch an sehr entlegenen Orten. Die

Teilnahme ist gänzlich freiwillig. Allwöchentlich beantworten die Dorfvertreter eine Reihe von Schlüsselfragen, die über SMS an eine zentrale Telefonnummer übermittelt werden. Mit dem Fragebogen von Elva im SMS-Format, bei dem für jede Antwort lediglich ein Buchstabe steht, sind sie in der Lage, unter Verwendung der vorher definierten Antwortcodes in einer einzigen SMS-Nachricht bis zu vierzig Fragen zu beantworten.

Diese Kurzmitteilungen informieren über Zwischenfälle und deren Auswirkungen in den Gemeinden. Sie bewerten die Wirksamkeit der Antworten der Sicherheitsdienstleister und geben Lösungsvorschläge für offene Probleme. Die wenigen Einwohner, die über ein Smart Phone verfügen, können die Elva-App verwenden, um Fotos und kurze Videos über die Ereignisse in ihrem Dorf zu schicken. Die von den Gemeinden ausgehenden Informationen werden in interaktiven Karten und Graphiken online auf die öffentlich zugängliche Elva Website gestellt, so dass die Sicherheitsdienstleister mühelos Sicherheitstrends und bedürfnisse feststellen und die Ergebnisse ihrer Aktionen beurteilen können.

Reaktion in Notfällen

In manchen Fällen muss man sofort reagieren. Daher verwenden die Gemeinden Elva auch, wenn sie dringend Hilfe brauchen, meistens um vermisste Personen zu melden und – wenn sich herausgestellt hat, dass diese festgenommen wurden – um ihre Freilassung zu fordern. „Früher dauerte es oft Tage, bis alle von einer Festnahme erfuhren und sich um die Rückkehr der Verschwundenen bemühten“, meint Nino, eine Ortsbewohnerin. „Aber jetzt senden wir einfach eine Elva-SMS, die dann unverzüglich an die Polizei und die internationalen Beobachter geht.“

Wettervorhersage

Um sicherzustellen, dass das Netz auch in relativ friedlichen Zeiten eine verlässliche Informationsquelle bleibt, wird es vom Projektteam auch zur Verbreitung der automatischen lokalen Wettervorhersage, landwirtschaftlicher Nachrichten und anderer Ankündigungen eingesetzt. „Vor einigen Wochen gab es einen plötzlichen Wetterumschwung. Wir Bauern im Dorf hatten jedoch genug Zeit, uns darauf vorzubereiten, da ich rechtzeitig auf den zu erwartenden Frost hingewiesen worden war“, sagt Zaal, ein Bauer aus Dwani. „Es gibt alltägliche Themen, wie z. B. Wasser und Bewässerung, die wir besprechen müssen. Würde sich Südossetien ebenfalls Elva anschließen, wäre es viel einfacher, Informationen auszutauschen und Lösungen zu finden“, fügt er hinzu.

Der Datenanalytiker Tom Gagnon führt quantitative Untersuchungen und Analysen für Elva durch. Elva ist eine kostenlose Open Source Plattform. Organisationen können ihre eigenen Projekte auf www.Elva.org einrichten.



Das IPRM-Zelt im Winter (OSZE/Emmanuel Anquetil)

Der Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen in Georgien aus persönlicher Sicht

von Siegfried Woeber

Als ich am Flughafen in Tiflis ankomme, ist es noch früh am Morgen: die Passkontrolle geht zügig vonstatten, die Grenzbeamten lächeln freundlich, drinnen warten große Gruppen von Familien auf ihre Lieben aus dem Ausland. Zumindest daran hat sich in den zehn Jahren in Georgien nichts geändert, denke ich mir. Ich halte in der Menge Ausschau nach Gocha, bis ich ihn mit seinem Schild mit dem OSZE-Logo entdecke.

Gocha begann vor über zehn Jahren für die OSZE zu arbeiten, als die Mission in Georgien noch aktiv war. Seit ihrer Schließung infolge der bewaffneten Auseinandersetzungen von 2008 ist er für die logistische Unterstützung der OSZE-Aktivitäten zuständig, die im Land weiterhin stattfinden. Die letzten Gäste, die er betreute, waren Vertreter des Konfliktverhütungszentrums, die den erfolgreichen Abschluss der Entsorgung von Streumunition überwachten. Während er mit aller Ruhe das frisch geputzte weiße OSZE-Auto aus dem hektischen Treiben steuert, starren Passanten mit müdem Blick auf die großen blauen Buchstaben auf den Wagenseiten – eines der wenigen verbliebenen sichtbaren Zeichen der Organisation.

Ein Zelt im Niemandland

Ich bin als Vertreter des Konfliktverhütungszentrums zum 36. Treffen des Mechanismus zur Verhinderung und Regelung von Zwischenfällen (IPRM) gekommen, dem wichtigsten Instrument vor Ort der internationalen Genfer Gespräche über die Folgen des Krieges. Während von den Erörterungen in der Schweiz nur wenig nach außen dringt, bringt der IPRM einige ganz konkrete Ergebnisse für die lokale Bevölkerung.

Eine Stunde von der dynamischen Hauptstadt Georgiens entfernt, bringt uns ein Wegweiser in die Realität zurück: „Teheran 1 250 km, Suchumi 430 km, Zchinwali 110 km, Baku 560 km, Eriwan 290 km.“ Hier befindet sich das von der georgischen Regierung errichtete Flüchtlingslager Zerowani für rund 7 000 Binnenvertriebene, hauptsächlich aus dem Gebiet Achalgori. Seit meinem letzten Besuch nach dem Krieg sind hier einige neue Wein- und Gemüsegärten entstanden.

Ich habe mich Botschafter Andrii Deshchytia, dem Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für Langzeitkonflikte, und seiner Beraterin Christina Hayovyshyn angeschlossen. Beide haben diese Reise durch den Großen Kaukasus schon mehrmals in diesem Jahr absolviert. Wir fahren auf einer neuen Autobahn Richtung Gori, wo uns unsere Kollegen von der Beobachtermission der Europäischen Union (EUMM) erwarten.

Die Stadt Gori war eines der Epizentren des militärischen Konflikts. Seit 2008 überwachen die unbewaffneten zivilen EUMM-Beobachter die Lage in den vom Krieg betroffenen Gebieten südlich der sogenannten Verwaltungsgrenze. Sie haben eine 24 Stunden Hotline eingerichtet, über die die Parteien Informationen über vermisste Personen übermitteln, Besorgnis erregende Zwischenfälle melden oder Ereignisse unweit der Verwaltungsgrenze klären können. Die IPRM-Treffen werden gemeinsam von der OSZE und der EUMM veranstaltet.

Der interimistische EUMM Leiter, Botschafter Gerard Fischer, und sein Team teilen uns ihre neuesten Erkenntnisse über die Lage vor Ort mit. Wir vereinbaren die Tagesordnungspunkte. Landkarten werden am Tisch herumgereicht. „Gehen wir!“, sagt jemand, „die Delegationen werden gegen 11.00 Uhr eintreffen.“

Wir fahren eine halbe Stunde weiter, passieren Dörfer und überholen Bauern, die die Ernte einbringen, ehe unser Konvoi sein Ziel erreicht: Ergneti, nur zwei Kilometer südöstlich von Zchinwali. Bis 2004 war hier ein belebter Markt, der wichtigste Handelsplatz für Russen, Georgier, Osseten und die vielen anderen Volksgruppen, die den „Berg der Sprachen“ bevölkern, wie ein arabischer Geograph den Kaukasus im zehnten Jahrhundert aufgrund seiner ethnischen Vielfalt bezeichnete. Heute ist das Dörfchen Ergneti Austragungsort des IPRM. Russische und georgische Soldaten haben hier ihr Lager aufgeschlagen und begrüßen die Gruppe der

internationalen Teilnehmer mit offensichtlicher Routine.

Und hier ist es: das Zelt. Drinnen ist es angenehm kühl, was auf eine Art Klimaanlage schließen lässt, und es gibt einen Tisch, auf dem sich Erfrischungen türmen – kaukasische Gastfreundschaft im Niemandsland.

Bald treffen die Mitglieder der georgischen Delegation ein. Deshchytia und Fischer bemühen sich in ihrer Eigenschaft als Ko-Moderatoren des IPRM-Treffens um deren Zustimmung zu einigen Diskussionspunkten und um ein gutes Arbeitsklima für die nächsten Stunden. Als die georgische Reportergruppe rasch auf die andere Seite des Zelts wechselt, ist das das Zeichen für die Ankunft der südossetischen und russischen Teilnehmer aus Zchinwali. Sie werden ebenfalls von den beiden Moderatoren begrüßt. Alle scheinen einander zu kennen, die Zusammensetzung der Gruppen hat sich seit Ende letzten Jahres nicht geändert.

Während bei den offiziellen Gesprächen in Genf die Parteien einander mit 20 Metern Abstand gegenüber sitzen und sich an offizielle Erklärungen und die diplomatische Etikette halten, sitzen im IPRM-Zelt alle auf engstem Raum zusammen. Niemand erwartet hier Antworten auf schwierige Grundsatzfragen wie die Festlegung der Grenzen. In den nächsten sechs Stunden geht es in erster Linie um die Probleme der Bevölkerung vor Ort.

Alle begrüßen die rasche Freilassung der verhafteten Bauern und Kuhhirten und erkundigen sich nach dem Verbleib der nach wie vor Inhaftierten. „Warum hat das neue Amnestiegesetz in diesem Fall nicht gegriffen?“ oder: „Wie heißt unser Landsmann, den Sie unter den Festgenommenen erwähnt haben?“

„Ich möchte Sie höflich ersuchen, möglichst wenig zu politisieren und sich auf die Hauptaufgabe, die Lösung von Problemen der lokalen Bevölkerung, zu konzentrieren“, erinnert Deshchytsia die Redner, wenn sie gelegentlich von der Tagesordnung abschweifen. Die Redner kommen überein, unterschiedlicher Auffassung zu sein und gehen zum nächsten Punkt über.

Eines der heikelsten Themen sind die Vermissten. Viele sind schon seit langer Zeit verschwunden, dennoch stellt jeder Versuch, etwas über ihr Schicksal zu erfahren, eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme dar und wird gewürdigt. Das persönliche Engagement des Sonderbeauftragten um eine Annäherung der beiden Seiten in dieser Frage wird positiv vermerkt: „Wir erwarten nicht, dass Sie heute Einzelheiten berichten können, hoffen aber auf weitere Nachforschungen in der Angelegenheit.“ Es werden Zusagen gemacht, und zu manchen Fragen ist allein die Tatsache wichtig, dass bei der heutigen Zusammenkunft darüber gesprochen wird. In einer Zeit spärlicher Kontakte zwischen Zchinwali und Tiflis ist jede Form der Kommunikation wertvoll.

Ein Großteil des Treffens ist der Besprechung von Zwischenfällen gewidmet. Das Gesprächsklima ist weiterhin höflich und konstruktiv, aber wenn es um Zäune und Stacheldraht entlang der Verwaltungsgrenze geht – laut Tiflis eine „Besetzungsgrenze“, für Zchinwali und Moskau eine „Staatsgrenze“ –, wird der Ton emotionaler. „Die Einwohner von D.

haben mich ersucht, ihren Dank dafür zu übermitteln, dass beim letzten IPRM ihr Problem, der Zugang zu Trinkwasser zu erhalten, gelöst werden konnte. Heute möchten wir Sie gerne auf ein weiteres Problem in diesem Dorf aufmerksam machen, nämlich den Zugang zu den Friedhöfen“, erklärt Fischer. Die Moderatoren appellieren an die Teilnehmer, sich die Lage der Einwohner vor Ort und die intensivere Arbeit der Bauern auf dem Feld in dieser Jahreszeit zu vergegenwärtigen. Sie schlagen vor, die Dörfer, in denen es Probleme gibt, zu besuchen. „Wir müssen gemeinsame Lösungen finden und sehen erwartungsvoll Ihren Vorschlägen über die Hotline entgegen“, meint Deshchytsia abschließend.

Wir sind beim letzten Tagesordnungspunkt angelangt. „In den nächsten Wochen sind keine militärischen Übungen in der Nähe der Verwaltungsgrenze geplant. Das nächste IPRM-Treffen wird im September stattfinden.“

Die Teilnehmer verabschieden sich und brechen in Begleitung der Journalisten in die Richtung auf, aus der sie gekommen sind. Im Rückspiegel des OSZE-Wagens wird das weiße Zelt immer kleiner. Es hat sich als Austragungsort für die Gespräche bewährt.

Vor ungefähr zehn Jahren war Siegfried Woeber erstmals in Ergneti als Koordinator eines Entwicklungshilfeprogramms im Südkaukasus. Im Juli 2013 kam er zum ersten Mal seit dem militärischen Konflikt im Jahr 2008 wieder her, als Vertreter des Konfliktverhütungszentrums auf dem 36. Treffen des IPRM.



Es waren einmal 19 Raketen ...

von Anton Martyniuk und Ursula Froese

Mit der Vernichtung von 19 moldauischen Raketen aus der Sowjetära in Georgien beging die OSZE den 10. Jahrestag ihres Entmilitarisierungsprogramms für Georgien.

Am 12. Juli 2013 wurden in der Republik Georgien neunzehn R-60M-Luft-Luft-Raketen der Republik Moldau vernichtet.

Sie wurden abgebaut und in der offenen Sprenganlage in Wasiani 20 Kilometer außerhalb von Tiflis gesprengt. Ihre Vernichtung setzte den Schlusspunkt unter einen langen Prozess.

Die Flugkörper waren ursprünglich um 1982 von der Sowjetunion für sowjetische Kampfflugzeuge gebaut worden. Raketen dieses Typs wurden in großen Mengen exportiert und sind in der GUS und in vielen anderen Ländern nach wie vor im Einsatz.

Nach der Auflösung der Sowjetunion gingen sie in die Verantwortung der neu geschaffenen moldauischen Streitkräfte über. 1992 wurden sie zur Instandsetzung nach Georgien gebracht.

Die 19 Raketen landeten schließlich in den Lagern der Flugzeugfabrik Tbilawiamscheni in Tiflis. Zwanzig Jahre zogen ins Land. Die moldauischen Streitkräfte benötigten sie nun nicht mehr. Sie waren inzwischen nicht nur gefährlich geworden, sondern passten auch politisch nicht mehr ins Konzept. Dann

baute Moldau seine Streitkräfte um. Der Besitz dieser Waffen war nicht mehr mit dem Status des Landes als neutraler Staat vereinbar, den es 1994 in seiner Verfassung angenommen hatte.

„Genau genommen waren diese R 60M Raketen für die Moldauer zu einem Damoklesschwert geworden“, erklärt Stephen Young von der OSZE-Mission in Moldau. „Wenn man neutralen Status hat, behält man bestimmte Waffen zur

Selbstverteidigung, das ist nur natürlich. Aber hier handelte es sich um Luft-Luft-Raketen, und wenn man wie im Fall Moldau über keine Luftkampffähigkeit verfügt, hat man auch keine Berechtigung, sie zu behalten.“

2007 beschloss die moldauische Regierung, die Raketen zu vernichten. Doch bevor man sie beseitigen konnte, drohten sie zum internationalen Zankapfel zu werden. Wie sollten sie vernichtet werden und unter wessen Aufsicht? 15 Jahre lang waren sie in einem anderen Land gelagert – wer soll zahlen? Und da kam die OSZE ins Spiel.

OSZE-Unterstützung

Moldau wandte sich an die OSZE mit dem Ersuchen, bei der Vernichtung der Raketen zu helfen. Damals führte die OSZE ein Entmilitarisierungsprojekt in Georgien durch, in Partnerschaft mit dem militärwissenschaftlichen Zentrum Delta, das dem georgischen Verteidigungsministerium angeschlossen ist und die Exklusivrechte für die Entsorgung von Waffen und Munition im Land besitzt.

Die OSZE arbeitet seit 2003 mit Georgien bei der Unbrauchbarmachung von Waffen und Munition zusammen. Eines der ersten Projekte war die Errichtung einer Entmilitarisierungsanlage in Dedoplistskaro, in der Munition in ihre Bestandteile zerlegt und das TNT zur Verwendung etwa im Bergbau oder im Straßenbau durch Schmelzung herausgelöst wird.

Die nunmehrige Zusammenarbeit begann 2008 mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen der OSZE und Georgien betreffend ein dreijähriges Projekt zur Vernichtung der gesamten nach dem Abzug der russischen Streitkräfte auf georgischem Boden verbliebenen sowjetischen Munition. Der Krieg im August und die Schließung der OSZE-Mission unterbrachen diese Arbeit, doch auf Ersuchen der georgischen Regierung nahm sie das OSZE-Sekretariat 2010 gemeinsam mit dem UNDP wieder auf. Geplant war die Entsorgung von 1 800 Tonnen verschiedenster Typen veralteter Munition, die unter denkbar schlechten Bedingungen im Freien gelagert war.

Es nahm mehrere Jahre in Anspruch, alle beteiligten georgischen Behörden und Industriebetriebe dazu zu bringen, der Vernichtung der moldauischen Raketen im Rahmen des nun wieder aufgenommenen Entmilitarisierungsprogramms zuzustimmen. Delta half mit, die bürokratischen Hürden zu überwinden. Und die georgischen Behörden fanden eine Möglichkeit, als Beitrag zum OSZE-Projekt auf die Lagergebühren zu verzichten. Nun galt es nur noch, das Geld für die eigentliche Zerstörung aufzutreiben.

Und auch hier halfen wieder die lange Erfahrung der OSZE und ihre sorgfältig gepflegten Kontakte zu den Teilnehmerstaaten und zu Gebern. Die OSZE-Mission in Moldau arbeitet seit 2007 mit dem moldauischen Verteidigungsministerium bei einem eigenen Entmilitarisierungsprogramm zusammen. Deutschland, einer der wichtigsten Geber, hatte bereits die Entsorgung anderer Typen von moldauischen Raketen finanziert und willigte ein, auch die Mittel für die Vernichtung der in Georgien verbliebenen 19 Raketen bereitzustellen.

Und so konnten sie schließlich vernichtet werden, gleichzeitig mit 1 289 sowjetischen Streubomben, die nach der Auflösung der Sowjetunion in Georgien zurückgelassen wurden. Mit ihrer Zerstörung, beobachtet und bestätigt vom moldauischen Verteidigungsministerium und der OSZE-Mission in Moldau, gehört nun ein weiterer Teil des gefährlichen Erbes des Kalten Krieges der Vergangenheit an. Es wäre wohl übertrieben, diese Raketen als Vorboten des Friedens bezeichnen zu wollen. Doch ist ihre Geschichte letzten Endes die Geschichte von internationalen Organisationen, Regierungen und Geberländern, die gemeinsam an Lösungen arbeiteten, um unsere Welt zu einem sichereren Ort zu machen.

Anton Martyniuk ist Projektreferent im Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats in Wien. Ursula Froese ist verantwortlich für die Redaktion des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“.

Ein Tag im Leben

zweier Beobachter

von Silke Tittel





Eines steht fest: Man braucht einen guten Magen, wenn man als Beobachter in Tetovo arbeitet. Auf dem Beifahrersitz neben Agustin Nuñez-Vicandi, der eine Haarnadelkurve nach der anderen zu bewältigen hat, wird mir das ziemlich rasch bewusst. In seinem ohnehin schon übervollen Terminkalender musste dieser auch noch einen Besuch bei einer Protestkundgebung in einer nahe gelegenen Stadt unterbringen. Also fährt Agustin so schnell, wie es die wachsamen Augen erlauben, die ihm vom Hauptquartier aus (über das GPS-Überwachungs-System im Auto) folgen. „Man muss es mögen, viel unterwegs zu sein“, meint er entschuldigend.

Vier internationale Beobachter und vier Sprachassistenten, die als unverzichtbare Universalberater fungieren, arbeiten in der letzten noch bestehenden Außenstelle der OSZE-Mission in Skopje, die ihren Sitz in der Stadt Tetovo im Westen hat. Die Mission unterstützt die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ohrid, mit dem 2001 ein sieben Monate langer Konflikt beendet wurde. Die Feindseligkeiten hatten damals in Tetovo begonnen, und hier wird einem wieder einmal bewusst, dass es immer noch alte Wunden gibt, die nicht ganz ausgeheilt sind.

„Ich liebe meine abwechslungsreiche Arbeit“, sagt Nuñez-Vicandi, während er geschickt den Wagen zwischen zwei Gemüseständen durchlenkt. „Wo kann man sonst an einem einzigen Tag mit ganz unterschiedlichen Gesprächspartnern über Politik, Sicherheit, Kultur und Bildung diskutieren?“ Der Menschenrechtsexperte aus Spanien arbeitet nun bereits seit zwei Jahren in Tetovo. „Zu Beginn gab es eine steile Lernkurve“, gibt er zu. „Man braucht

„Bei diesem Job ist viel mehr Diplomatie als Muskelkraft gefragt.“



wirklich mindestens ein Jahr, bis man Hintergrund und Kontext von allem, was man hier sieht und hört, richtig versteht.“

Der Tag hatte um 8.30 Uhr mit einer raschen morgendlichen Einweisung des ganzen Teams begonnen. Nun befinden wir uns auf dem Weg zur ersten Station des Tages, der Gedenkstätte für die gefallenen ethnisch-albanischen Kämpfer, die von Ortsansässigen die „Festung“ genannt wird und in der Nähe des Gebirgszugs liegt, wo der Konflikt vor 12 Jahren ausgebrochen war. Die Beobachter besuchen regelmäßig das nahe gelegene Dorf. Am Hauptplatz den obligatorischen Kaffee zu trinken ist wichtiger als man zunächst glaubt. „Wir können nicht nur dann kommen, wenn etwas passiert ist. Denn dann würden uns die Leute mit negativen Ereignissen assoziieren“, erklärt Ulrike Schmidt, die Leiterin der Außenstelle in Tetovo. „Das vor dem Lokal geparkte OSZE-Auto signalisiert: wir sind in erreichbarer Nähe“.

Immer wenn sich Ulrike Schmidt zum ersten Mal vorstellt, erklärt sie ihre Aufgabe in aller Ausführlichkeit: „Im Mazedonischen und Albanischen schwingt in der Bedeutung des Wortes ‚Beobachter‘ auch Kontrolle und Überwachung mit“, sagt sie. Auch in der internationalen Gemeinschaft ist sie in dem Zusammenhang oft mit der stereotypen Vorstellung einer Person in Militäruniform mit einem Fernglas vor den Augen konfrontiert. Sie beschreibt sich lieber als jemand, der „Vertrauen aufbaut“, denn das entspricht auch dem langfristigen Ansatz ihrer Arbeit. „Manchmal werde ich gefragt, wie ich als Frau mit den Herausforderungen dieser anstrengenden Position fertig werde“, erzählt sie lachend. „Aber eigentlich ist es ein Job, bei dem viel mehr Diplomatie als Muskelkraft gefragt ist.“

Die meisten Beobachter haben einen Abschluss in Politikwissenschaft oder Recht. Alle verfügen sie über Erfahrung als Mediatoren – die auf Ausbildung, aber auch „jeder Menge Learning bydoing“ beruht, wie es Nuñez-Vicandi

formuliert. Ein analytischer Geist, kulturelle Sensibilität und allgemeine Flexibilität seien grundlegende Voraussetzungen für den Job. An sieben Tagen der Woche rund um die Uhr erreichbar zu sein sei zweifelsohne gewöhnungsbedürftig. „Und ohne liebenswürdige Umgangsformen und gute Kommunikationsfähigkeiten kommt man auch nicht weit“, meint er. „Ausschlaggebend ist, dass wir bei der Lösung lokaler Probleme helfen können.“

Erfolgsgeschichten wie die gelungene Intervention nach dem traditionellen Karneval in Vevčani letztes Jahr zeigen, wie wichtig die Arbeit der Beobachter ist: Nach einem Umzug, bei dem es zu vermeintlichen Beleidigungen für den Islam gekommen war, kontaktierte das Team in Tetovo unverzüglich alle betroffenen Gemeindebehörden und religiösen Einrichtungen und organisierte ein gemeinsames Treffen. Bereits angekündigte Protestkundgebungen wurden abgesagt, angedrohte Gerichtsprozesse nicht weiterverfolgt, und alle Beteiligten beruhigten sich wieder. „Das hier ist eine konkrete und äußerst befriedigende Arbeit“, meint Nuñez-Vicandi abschließend.

Auch bei der nächsten Station geht es um den Aufbau von Vertrauen, verlässlicher Kommunikationsnetze und einer freundschaftlichen Atmosphäre. Wir befinden uns in Tetovo Tekke, der ältesten Anlage des muslimischen Bektaschi-Ordens auf dem Balkan. Lang andauernde Streitigkeiten über Grundbesitz, die Nutzung von Grundstücken und die Nicht Anerkennung des Bektaschi-Ordens (einer islamischen Sufi-Bruderschaft) im Land gaben den Anlass für die regelmäßigen Besuche der Beobachter. Und man hat den Eindruck, dass sie ehrlich willkommen sind. Wir plaudern mit einem der Betreuer der Anlage. „Ihr könntet ruhig öfter vorbeikommen“, beschwert er sich herzlich lachend beim Abschied.

Nun ist es an der Zeit, bei den Protestkundgebungen gegen die Kündigung von Gemeindebediensteten nach den jüngsten Gemeindewahlen in der etwa eine halbe Autostunde entfernten Stadt Gostivar vorbeizuschauen. Diese sind wesentlich kleiner und ruhiger als angenommen. Üblicherweise erhalten die Beobachter Hinweise über

Veranstaltungen und Protestkundgebungen schon lang, bevor diese in den Zeitungen oder auf Facebook angekündigt werden. „Die Einrichtung eines guten, auf gegenseitigem Vertrauen aufbauenden Kommunikationsnetzes, ist eines unserer wichtigsten Langzeitziele“, sagt Nuñez-Vicandi. Das ist nicht nur für die Frühwarnfunktion wesentlich, sondern auch für den Fall, dass die in den Medien berichteten Fakten überprüft werden müssen. Wir wollen auf keinen Fall spät zum nächsten Termin erscheinen, der mit dem neuen Bürgermeister der Stadt Struga vorgesehen ist, denn der erste Eindruck ist ja oft entscheidend. Nuñez-Vicandi eilt die Stufen zum Rathaus hinauf – gerade noch pünktlich. Die beiden Männer unterhalten sich über die letzten Wahlen, Beschwerden wegen der Kündigung von Gemeindebediensteten, mögliche Lösungen für den Abbau des riesigen Schuldenberges der Stadt und darüber, wie es ein Bürgermeister allen Bürgern recht machen kann. Die letzte Station des Tages ist ein Besuch in Kičevo beim lokalen Führer der jüngst gegründeten politischen Partei „Würde“, einer ehemaligen ethnisch-mazedonischen Guerilla-Organisation. Der Beobachter erkundigt sich nach einer Initiative für die Abhaltung einer Volksbefragung und hört sich aufmerksam die Anliegen seines Gesprächspartners an. So wie bereits dem Bürgermeister von Struga bietet er auch ihm für die Zukunft eine Mediation an, sollte diese notwendig und erwünscht sein.

In den letzten zwei Jahren waren die Beobachter mit der Lösung dringender interethnischer Probleme ziemlich beschäftigt. „Ich wünschte, wir hätten mehr Zeit, um uns auf langjährige Konflikte wie die im Zusammenhang mit dem Bau von Kirchen und Moscheen in sensiblen Gebieten zu konzentrieren“, sagt Schmidt. Ihr

Team erfüllt die Funktion der Augen und Ohren der Mission im Westen. Eine andere Beobachtergruppe ähnlicher Größe ist ausgehend von Skopje im Norden des Landes tätig. Gute Kommunikation mit dem Hauptquartier der Mission ist wesentlich, um sicherzustellen, dass die Ergebnisse ihrer Arbeit in Programme auf nationaler oder regionaler Ebene umgesetzt werden.

Seit dem späten Nachmittag regnet es, und die 130 km lange Rückreise auf derselben kurvenreichen Bergstraße ist nochmals eine Belastungsprobe für müde Geister und sensible Mägen – zumindest für meinen. Nach dem 9-stündigen Ausflug wieder zurück im Büro, sinkt Nuñez-Vicandi in seinen Schreibtischstuhl und macht sich beflissen an die Fertigstellung seines Tätigkeitsberichts. „Ich weiß, manche Leute glauben, dass Beobachter nur herumsitzen und Kaffee trinken“, sagt er. „Die sollten uns einmal besuchen und einen Tag mit uns verbringen!“

„Aufbau von Vertrauen, verlässlicher Kommunikationsnetze und einer freundschaftlichen Atmosphäre“

Silke Tittel ist die Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Medien der OSZE-Mission in Skopje.

Fotos: S. 34: Die Beobachter Agustin Nuñez-Vicandi (links) und Ulrike Schmidt (rechts) mit dem Sprachassistenten Alush Doda bei der „Festung“.

S. 35 oben: Berge und Dorf in der Nähe von Tetovo; Mitte: Der Zustand der Straßen lässt bisweilen zu wünschen übrig. (OSZE/Bernard Segarra); unten: Das OSZE-Auto unterwegs in Tetovo (OSZE/Agustin Nuñez-Vicandi)

S. 36 links: Eine Protestkundgebung in Gostivar; oben: Alush Doda im Gespräch mit Xhemali Sjdia (rechts) in der Anlage von Tetovo Tekke; unten: Sprachassistent Antoni Vojnoski.

Alle Fotos von Silke Tittel, sofern nichts anderes angegeben.

Max Kampelman

Einer der weniger bekannten Aspekte im Leben von Max Kampelman, aus dessen Schilderungen in Ausgabe 2/2013 von „Sicherheitsgemeinschaft“ zitiert wird, ist, dass er im Zweiten Weltkrieg aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigerte. Er stellte sich freiwillig für eine medizinische Studie über die physischen Auswirkungen von Hunger zur Verfügung und nahm im Zuge dieser Erfahrung einen gravierenden Nahrungsentzug auf sich. Während der Kriegsjahre pflegte er engen Kontakt mit anderen Pazifisten, insbesondere mit Quäkern.

Als ich Kampelman Mitte der Achtzigerjahre in Genf kennenlernte, engagierte ich mich ebenfalls für die Anerkennung der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen als Menschenrecht in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Nach mehrjährigen Bemühungen stimmte die Kommission positiv darüber ab. Kampelman freute sich über den Erfolg, nachdem er stets die Bedeutung des Gewissens und der Überzeugung des Einzelnen betont hatte. Auch wenn er sich von der Position der Gewaltlosigkeit abkehrte und Streitkräfte letztendlich als Notwendigkeit akzeptierte, setzte er sich stets für gewaltfreie Aktionen und die Rolle der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen ein.

René Wadlow
Präsident der Vereinigung der Weltbürgerinnen
und Weltbürger
Genf



Versöhnung

Unter den internationalen Organisationen zeichnet sich die OSZE aufgrund ihrer stillen Diplomatie und ihres „Soft Power“-Ansatzes besonders aus. Versöhnung kann nicht von oben diktiert werden. Dennoch teile ich die Meinung von Experten, die meinen, die OSZE könnte als Forum für Konfliktparteien, die um Versöhnung ringen, dienen. Die OSZE verfügt über ein breites Spektrum an Mechanismen und Verfahren und weist eine Struktur auf, die sich auf sehr pragmatische Weise entwickelt hat.

Scheitert die Versöhnung, kann nicht die Organisation dafür verantwortlich gemacht werden. In Theorie und Praxis wird die vorrangige Rolle der Staaten in der aktuellen Weltpolitik betont. Die Herausforderung besteht also darin, sie davon zu überzeugen, die ersten Schritte in Richtung Versöhnung zu setzen.

Als junger Mensch bin ich über die aktuellen Bemühungen, die Idee der Versöhnung in die Praxis umzusetzen, sehr erfreut. Ich bin davon überzeugt, dass die Debatte um Versöhnung, die in der OSZE und auch in diesem Magazin aufgenommen wurde, weiterhin Früchte tragen wird.

Samuel Goda
Associate Fellow in der Slowakischen Gesellschaft für
Außenpolitik

LESERSTIMMEN

Nationale Minderheiten

Ich bin ein Veteran des Zweiten Weltkriegs und wurde im Alter von 16 Jahren eingezogen, um gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen. Später habe ich mich aktiv für die Wiederversöhnung der Völker engagiert. Insbesondere in diesem Zusammenhang möchte ich der OSZE für ihre positiven und konkreten Initiativen danken.

Ich war Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und anfangs Präsident ihrer Jugendgruppe. Ich glaube, wir waren die ersten, die ab 1949/1950 internationale Jugendtreffen veranstalteten. In der Bretagne organisierten wir mit deutschen, dänischen, bretonischen, flämischen und Tiroler Jugendlichen ein unvergessliches Lager im Schloss von Menez Kamp, das uns von der bretonischen Schriftstellerin und Nationalistin Vefa de Saint Pierre zur Verfügung gestellt worden war. Ich habe auch die FUEV beim Europarat und der OSZE vertreten.

Mein Wunsch wäre es, bevor mein Leben auf der Erde zu Ende geht, dass Sie den nicht vertretenen Minderheiten wie denjenigen in der Bretagne oder im Baskenland mehr Beachtung schenken. Trotz meines hohen Alters stehe ich Ihnen weiterhin zur Verfügung und wünsche der OSZE alles Gute für ihre Arbeit, die für den Frieden und die Zukunft Europas unerlässlich ist.

Per Lemoine,
Glomel, Frankreich

Afghanistan und die OSZE

Afghanistan ist bis 2014 und darüber hinaus mit drei großen Herausforderungen konfrontiert. Erstens der Kontroverse darüber, ob und wie die für den 5. April 2014 anberaumten Präsidentschafts- und Provinzratswahlen abgehalten werden. Zweitens mit der Tatsache, dass das internationale militärische und zivile Engagement bis 2014 laufend abnimmt. Drittens mit den möglichen Friedensverhandlungen zwischen der afghanischen Regierung und ihrer bewaffneten Opposition, insbesondere den Taliban, die kompliziert und kontroversiell sein werden.

Eine – zumindest aus afghanischer Sicht – unerwünschte Auswirkung davon könnte sein, dass die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten möglicherweise die grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten und die Kontakte zwischen den Bewohnern dies- und jenseits der Grenzen einschränken, um jeglichen Spill-Over-Effekt zu vermeiden. Die afghanische Regierung versucht, mit der Förderung eines kooperationsfreundlichen Klimas in der Region, insbesondere durch den „Heart of Asia“-Prozess, dagegen anzukämpfen.

Seitdem Afghanistan 2003 asiatischer Kooperationspartner wurde, haben sich die Beziehungen zwischen dem Land und der OSZE zum Vorteil beider Seiten entwickelt. In Bereichen wie der Strafverfolgung, insbesondere im Grenzgebiet, und der Förderung der beruflichen und Ausbildungsmöglichkeiten haben beide Seiten die gegenseitige Wahrnehmung und die Zusammenarbeit verstärkt. Auch wenn die Interaktion schwierig ist, ist sie die Mühe wert und verdient es, schrittweise und den Umständen entsprechend ausgebaut zu werden.

Said Reza Kazemi
Gastforscher am Norwegian Institute of International Affairs
Oslo

Tee und USB

Zwei amerikanische Erfinder, Alexander Drummond und Jonathan Cedar, haben einen kompakten hocheffizienten Campingkocher für Liebhaber der freien Natur entwickelt, die nicht auf ein stets geladenes Smartphone verzichten können. Der BioLite-Kocher erzeugt beim Brennen genug Strom, um Taschenlampen oder Mobiltelefone via USB aufzuladen.

In größerer Ausführung könnte dieser Kocher das Leben der vielen Menschen in den Entwicklungsländern, die noch immer über rauchendem offenem Feuer kochen und ohne Strom auskommen müssen, entscheidend verändern. Der BioLite-Haushaltskocher reduziert nach Angaben seiner Hersteller den Rauch um 95 Prozent und arbeitet fast rußfrei. Ein Teil des Verkaufserlöses des Campingkochers fließt in seine Vermarktung als Haushaltskocher in der dritten Welt.

Legen Sie eine Handvoll Zweige in den BioLite und machen Sie Feuer. Ein Topf mit Wasser kocht in vier Minuten.

Geben Sie einen Teebeutel hinein und stecken Sie ihr Mobiltelefon an. Genießen Sie schluckweise.



Tennisleidenschaft

Moldau veranstaltet erstmals den Davis Cup. Marina Tauber, die seit ihrem 25. Lebensjahr an der Spitze des moldauischen Tennisverbandes steht, glaubt, dass es dabei um mehr als nur um Tennis geht. „Es ist nicht nur eine Sportveranstaltung, sondern etwas, das für Moldau sehr wichtig ist“, sagt sie.

Anfang des Jahres organisierte Tauber das Damenturnier im Rahmen des Federation Cup, ebenfalls eine Premiere für das Land. Damals traf sie zum ersten Mal Jennifer Brush, die Leiterin der OSZE-Mission in Moldau. Brush sah im Federation Cup eine Chance, in der Öffentlichkeit das Bild starker und erfolgreicher Frauen zu propagieren. Die Veranstaltung wurde von der OSZE finanziell unterstützt.

Wie Tauber glaubt auch Brush an die erzieherische Wirkung des Tennissports. „Tennis verlangt Eifer und Disziplin. Es bringt Menschen zusammen und vermittelt jungen Spielern Werte wie Höflichkeit, Respekt vor dem Gegner und Ehrlichkeit. Und es macht Menschen zu stolzen Vertretern ihres Landes“, sagt sie. Sie zieht einen Vergleich zu Serbien, wo sie zuvor im Einsatz war: „Es gab Spieler wie Novak Djokovic, Anna Ivanovic, Janko Tipsarevic und Jelena Jankovic, die diese Motivation hatten und zeigen konnten, dass ihr Land über Potenzial und Talente verfügt.“

Aktuelle OSZE-Publikationen

Self-Assessment Tool for Nations to Increase Preparedness for Cross-Border Implications of Crises, verfasst vom OSZE-Sekretariat/Abteilung Grenzüberschreitende Bedrohungen (Englisch)

Developing guidance for effective mediation, herausgegeben vom OSZE-Sekretariat/Konfliktverhütungszentrum (Englisch)

Trafficking in human beings for the purpose of organ removal in the OSCE region, herausgegeben von der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels (Englisch)

Simplified Forms of Procedure in Criminal Matters: regional procedure legislation and experiences in application, herausgegeben von der Mission in Serbien (Englisch)

Best Practices for Roma Integration Regional Report on Anti-discrimination and Participation of Roma in Local Decision-Making, herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch)

Policy and legislative recommendations towards the effective implementation of the non-punishment provision with regard to victims of trafficking, herausgegeben von der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels (Englisch)

Trafficking in Human Beings Amounting to Torture and other forms of ill treatment, herausgegeben von der Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels (Englisch)

Simplified Forms of Procedure in Criminal Matters: regional criminal procedure legislation and experiences in application, herausgegeben von der Mission in Serbien (Englisch)

Best Practices for Roma Integration Regional Report on Anti-discrimination and Participation of Roma in Local Decision-Making, herausgegeben vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (Englisch)

Impressum

Sicherheitsgemeinschaft

wird herausgegeben vom OSZE Sekretariat
Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Wallnerstraße 6
1010 Wien, Österreich
Telefon: +43 1 51436 6267
oscemagazine@osce.org

Verfügbar als Druckausgabe in Englisch und Russisch, online in den Sprachen Englisch, Russisch, Deutsch und Französisch unter www.osce.org

Sicherheitsgemeinschaft ist als kostenlose App für das iPad erhältlich.

Die in den Artikeln vertretenen Ansichten geben die Meinung der Verfasser und nicht notwendigerweise den offiziellen Standpunkt der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten wieder.

Hinweis: Alle Funktionsbezeichnungen in diesem Dokument gelten in gleicher Weise für männliche wie weibliche Amtsträger.

Verantwortlich für die Redaktion

Ursula Froese

Redaktion

Marcel Pesko, Miroslava Beham, Cathie Burton, Ursula Froese, Adam Kobieracki, Alexey Lyzhenkov, Ian Mitchell, Desirée Schweitzer

Gestaltung und Illustrationen

Antoine van Dijk

Druck

Imprimerie Centrale
Fonts LeMonde Journal; Akkurat

Das Magazin „Sicherheitsgemeinschaft“ setzt sich für die Entwicklung einer Gemeinschaft von Menschen ein, die sich der Förderung von Vertrauen und Stabilität im gesamten OSZE Raum verschrieben haben. Schriftliche Beiträge zu einzelnen Aspekten der politisch-militärischen, ökonomischen und ökologischen sowie der menschlichen Sicherheit sind willkommen (redaktionelle Bearbeitung vorbehalten).

Das Titelblatt des Magazins „Sicherheitsgemeinschaft“ ist als Raum für eine künstlerische Auseinandersetzung mit der Idee einer Sicherheitsgemeinschaft und damit zusammenhängenden Fragen gedacht. Beiträge von Künstlern sind erwünscht. Die Urheberrechte bleiben beim Künstler.

Welche Beiträge veröffentlicht werden, liegt im Ermessen der OSZE. Für veröffentlichte Texte wird kein Honorar bezahlt. Beiträge richten Sie bitte an: oscemagazine@osce.org.

Die OSZE dankt allen Autoren und Künstlern für ihre Beiträge.

Titelbild

Die drei Wächter, Ausschnitt aus dem Gwaii Haanas Legacy Totem Pole, 2013

Jaalen Edenshaw
Copyright: Parks Canada

